

# **Verordnung**

## **der Bundesregierung**

### **Verordnung zur Fortentwicklung laufbahnrechtlicher und weiterer dienstrechtlicher Vorschriften**

#### **A. Problem und Ziel**

Die Bundeslaufbahnverordnung (BLV) bedarf in einigen Punkten der Änderung oder Ergänzung:

Bewerberinnen und Bewerber, die Studien- und Prüfungsleistungen erbracht haben, aber das Studium noch nicht abgeschlossen haben, sollen unter bestimmten Voraussetzungen und unter Anrechnung der bisher erbrachten Leistungen in einen Vorbereitungsdienst eingestellt werden können.

Für als Bachelorstudiengänge ausgestaltete Vorbereitungsdienste, die nur aus Pflichtmodulen bestehen, fehlt es an einer Regelung zur zweiten Wiederholung einer Modulprüfung.

Zunehmend bewerben sich für eine Einstellung ins Beamtenverhältnis Personen, die einen Masterstudiengang mit einer Regelstudienzeit abgeschlossen haben, die unter zwei Jahren liegt. Für solche Fälle sollen die Voraussetzungen für den Zugang zu Laufbahnen des höheren Dienstes geregelt werden.

Derzeit ist nicht ausreichend klar geregelt, ob die für die Anerkennung der Laufbahnbefähigung zuständige Behörde ein Ermessen hat, bestimmte Tätigkeiten bei der Anerkennung der Laufbahnbefähigung ausschließen zu können. Außerdem fehlte es an einer ausdrücklichen Regelung zur Anrechnung von Elternzeit. Nunmehr soll klargestellt werden, dass die zuständige Behörde kein Ermessen hat und dass Elternzeit anzurechnen ist.

Entfallen soll das Verbot der Anrechnung von Zeiten hauptberuflicher Tätigkeit, die zur Erfüllung des individuellen fiktiven Werdegangs für die Einstellung in einem Beförderungsamte herangezogen worden sind, auf die Probezeit.

In der Laufbahnbefähigungsanerkennungsverordnung (LBAV) sind die Vorschriften zum Geltungsbereich und zum Regelungsgegenstand bei gleichbleibendem Inhalt neu zu gliedern sowie sprachliche Änderungen vorzunehmen.

In der Postlaufbahnverordnung (PostLV) wird die Möglichkeit zu einem teilweise berufs begleitenden Aufstieg in den mittleren Dienst geschaffen.

Bei weiteren laufbahnrechtlichen Vorschriften sind Ergänzungen oder redaktionelle Änderungen vorzunehmen.

Die Mutterschutz- und Elternzeitverordnung (MuSchEltZV) sowie die Erholungsurlaubsverordnung (EUrlV) sind an Änderungen des Mutterschutzgesetzes sowie des Bundeseltern geld- und Elternzeitgesetzes anzupassen.

Wenngleich in der Bundesrepublik Deutschland der Höhepunkt der COVID-19-Pandemie vorerst überschritten zu sein scheint, bestehen nach wie vor nicht unerhebliche Herausforderungen zur Sicherstellung der Versorgung pflegebedürftiger Angehöriger. Es ist weiterhin mit der Schließung von Pflegeeinrichtungen sowie dem Ausfall ambulanter Pflegediensten

zu rechnen. Daher soll die am 30. Juni 2021 außer Kraft tretende Sonderregelung, nach der Bundesbeamtinnen und Bundesbeamten sowie Bundesrichterinnen und Bundesrichtern zur Bewältigung einer pandemiebedingten akuten Pflegesituation Sonderurlaub zu gewähren ist, mit Rückwirkung vom 1. Juli 2021 wieder eingefügt und nunmehr bis zum 31. Dezember 2021 befristet werden.

## **B. Lösung**

Die BLV, die LBAV, die PostLV, weitere laufbahnrechtliche Vorschriften, die MuSchEltZV, die EUrlV sowie die Sonderurlaubsverordnung werden entsprechend geändert.

## **C. Alternativen**

Keine.

## **D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand**

Bund

Zusätzliche Haushaltsausgaben entstehen nicht.

Länder und Kommunen

Die Länder und Kommunen sind nicht betroffen.

## **E. Erfüllungsaufwand**

### **E.1 Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger**

Für Bürgerinnen und Bürger entsteht kein Erfüllungsaufwand.

### **E.2 Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft**

Es entsteht kein Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft.

Davon Bürokratiekosten aus Informationspflichten

Keine.

### **E.3 Erfüllungsaufwand der Verwaltung**

Bund

Es ergibt sich ein marginaler Verwaltungsmehraufwand. Er kann mit dem vorhandenen Personal abgedeckt werden.

Es ist mit einer vorübergehend erhöhten Zahl von Sonderurlaubsanträgen zu rechnen. Dadurch wird aber kein zusätzlicher Personalaufwand entstehen. Die absolute Zahl der je

Ressort zu bearbeitenden Urlaubsanträge wird sich nur moderat erhöhen, so dass die Antragsbearbeitung und die Abwicklung mit den bereits vorhandenen Ressourcen bewältigt werden kann.

Länder und Kommunen

Die Länder und Kommunen sind nicht betroffen.

## **F. Weitere Kosten**

Die Wirtschaft, insbesondere die mittelständische Wirtschaft, ist nicht betroffen. Auswirkungen auf Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten.

## **Verordnung der Bundesregierung**

### **Verordnung zur Fortentwicklung laufbahnrechtlicher und weiterer dienstrechtlicher Vorschriften**

Vom ...

Es verordnen

- die Bundesregierung auf Grund des § 8 Absatz 1 Satz 3, des § 11 Absatz 1 Satz 5, des § 17 Absatz 7, des § 20 Satz 2, des § 21 Absatz 2, des § 22a Absatz 2, des § 26, des § 79 Absatz 2 Satz 1, des § 89 Satz 2 und des § 90 Absatz 1 des Bundesbeamtengesetzes vom 5. Februar 2009 (BGBl. I S. 160), von denen § 11 Absatz 1 Satz 5 durch Artikel 1 Nummer 3 Buchstabe b des Gesetzes vom 28. Juni 2021 (BGBl. I S. 2250) neu gefasst, § 21 Absatz 2 durch Artikel 1 Nummer 6 des Gesetzes vom 28. Juni 2021 (BGBl. I S. 2250) eingefügt, § 22a Absatz 2 durch Artikel 1 Nummer 8 des Gesetzes vom 28. Juni 2021 (BGBl. I S. 2250) eingefügt, § 26 durch Artikel 1 Nummer 9 des Gesetzes vom 28. Juni 2021 (BGBl. I S. 2250) neu gefasst und § 79 Absatz 2 Satz 1 durch Artikel 2 des Gesetzes vom 23. Mai 2017 (BGBl. I S. 1228) neu gefasst worden ist, sowie auf Grund des § 3 Absatz 2 des Bundespolizeibeamtengesetzes, der durch Artikel 4 Nummer 1 Buchstabe b des Gesetzes vom 28. Juni 2021 (BGBl. I S. 2250) neu gefasst worden ist,
- das Bundeskanzleramt und das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat auf Grund des § 26 Absatz 2 des Bundesbeamtengesetzes vom 5. Februar 2009 (BGBl. I S. 160), der durch Artikel 1 Nummer 9 des Gesetzes vom 28. Juni 2021 (BGBl. I S. 2250) neu gefasst worden ist, in Verbindung mit § 10 und Anlage 2 Nummer 2 und 15 der Bundeslaufbahnverordnung, von denen § 10 zuletzt durch Artikel 1 Nummer 2 der Verordnung vom 20. Februar 2013 (BGBl. I S. 316) und Anlage 2 zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 15. September 2020 (BGBl. I S. 1990) geändert worden ist,
- das Bundesministerium der Finanzen auf Grund des § 3 Absatz 3 Satz 1 Nummer 1 des Postpersonalrechtsgesetzes, der zuletzt durch Artikel 315 der Verordnung vom 19. Juni 2020 (BGBl. I S. 1328) geändert worden ist, nach Anhörung der Vorstände der Deutschen Post AG, der Deutschen Bank AG und der Deutschen Telekom AG im Einvernehmen mit dem Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, sowie
- das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat auf Grund des § 18 Absatz 3 und des § 26 Absatz 2 des Bundesbeamtengesetzes vom 5. Februar 2009 (BGBl. I S. 160), von denen § 18 Absatz 3 durch Artikel 3 Absatz 3 Nummer 2 des Gesetzes vom 18. Juli 2016 (BGBl. I S. 1666) und Artikel 2 Nummer 2 des Gesetzes vom 29. November 2018 (BGBl. I S. 2232) geändert und § 26 Absatz 2 durch Artikel 1 Nummer 9 des Gesetzes vom 28. Juni 2021 (BGBl. I S. 2250) neu gefasst worden ist:

## **Artikel 1**

### **Änderung der Bundeslaufbahnverordnung**

Die Bundeslaufbahnverordnung vom 12. Februar 2009 (BGBl. I S. 284), die zuletzt durch Artikel 14 Absatz 7 des Gesetzes vom 28. Juni 2021 (BGBl. I S. 2250) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:
  - a) Die Angabe zu § 3 wird wie folgt gefasst:

„§ 3 Mutterschutz“.
  - b) Nach der Angabe zu § 11 wird folgende Angabe eingefügt:

„§ 11a Einfacher Dienst“.
  - c) Die Angabe zu § 25 wird wie folgt gefasst:

„§ 25 Einstellung in ein Beförderungsamtsamt“.
  - d) Die Angabe zu § 35 wird wie folgt gefasst:

„§ 35 Voraussetzungen für den Aufstieg“.
  - e) Die Angabe zu § 39 wird wie folgt gefasst:

„§ 39 Hochschulstudium und berufspraktische Einführung“
2. § 3 wird wie folgt gefasst:

### „§ 3

#### Mutterschutz

Zeiten des Mutterschutzes sind auf Zeiten anzurechnen, die nach dieser Verordnung Voraussetzung für eine Einstellung oder für die berufliche Entwicklung sind. Die Verlängerung eines Vorbereitungsdienstes nach § 15 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 bleibt unberührt.“

3. § 4 wird wie folgt geändert:
  - a) Absatz 1 Satz 3 wird aufgehoben.
  - b) In Absatz 2 Nummer 4 wird nach dem Wort „oder“ das Wort „nach“ eingefügt.
4. In § 5 Absatz 2 wird das Wort „Prüfungsverfahren“ durch die Wörter „Auswahlverfahren und in Prüfungsverfahren“ ersetzt.
5. § 7 wird wie folgt gefasst:

### „§ 7

#### Laufbahnbefähigung

Bewerberinnen und Bewerber erlangen die Laufbahnbefähigung

1. durch den erfolgreichen Abschluss eines fachspezifischen Vorbereitungsdienstes des Bundes oder eines Aufstiegsverfahrens des Bundes oder
2. durch Anerkennung, wenn sie außerhalb eines Vorbereitungsdienstes des Bundes oder eines Aufstiegsverfahrens des Bundes Folgendes erworben haben:

- a) die für die entsprechende Laufbahn vorgeschriebene Vorbildung oder
  - b) die erforderliche Befähigung durch Lebens- und Berufserfahrung.“
6. Dem § 10 wird folgender Absatz 3 angefügt:
- „(3) Die Rechtsverordnungen nach Absatz 1 können vorsehen, dass mit erfolgreichem Abschluss eines Vorbereitungsdienstes für den mittleren Dienst eine Berufsbezeichnung verliehen wird.“
7. § 10a wird wie folgt geändert:
- a) Dem Absatz 5 wird folgender Satz angefügt:

„Bei Unterstützung durch Informationstechnologie ist für den Zeitraum bis zum Ablauf der Aufbewahrungsfrist sicherzustellen, dass die dabei anfallenden Daten unverwechselbar und dauerhaft der Bewerberin oder dem Bewerber zugeordnet werden können.“
  - b) Nach Absatz 6 wird folgender Absatz 6a eingefügt:

„(6a) Bis zum 31. Dezember 2022 kann der mündliche Teil des Auswahlverfahrens unter Nutzung von Videokonferenztechnik durchgeführt werden, wenn dies wegen der zur Bewältigung der COVID-19-Pandemie getroffenen Maßnahmen geboten ist und wenn geeignete technische Einrichtungen zur Verfügung stehen.“
  - c) In Absatz 7 Satz 1 werden die Wörter „nach einem Punkte- oder Notensystem“ durch die Wörter „mit Punkten oder Noten“ ersetzt.
  - d) In Absatz 8 werden die Wörter „Absatz 1 Nummer 2“ durch die Wörter „Absatz 2 Satz 1“ ersetzt.
8. Nach § 11 wird folgender § 11a eingefügt:

#### „§ 11a

##### Einfacher Dienst

Ein Vorbereitungsdienst für den einfachen Dienst dauert mindestens sechs Monate.“

9. § 13 Absatz 1 Satz 2 wird wie folgt gefasst:
- „Der Vorbereitungsdienst wird als Hochschulstudiengang, der mit einem Bachelor oder einem Diplomgrad mit dem Zusatz „Fachhochschule“ abschließt, durchgeführt.“

10. § 16 wird wie folgt gefasst:

„§ 16

Verkürzung der Vorbereitungsdienste

(1) Der Vorbereitungsdienst kann verkürzt werden, wenn

1. das Erreichen des Ausbildungsziels nicht gefährdet ist und
2. nachgewiesen wird, dass die für die Laufbahnbefähigung erforderlichen Fähigkeiten, Kenntnisse und Fertigkeiten erworben worden sind durch
  - a) eine geeignete, mit einer Prüfung abgeschlossene Berufsausbildung oder
  - b) gleichwertige, in den Laufbahnen des höheren Dienstes nach Bestehen der ersten Staats- oder Hochschulprüfung ausgeübte hauptberufliche Tätigkeiten.

(2) Auf einen Vorbereitungsdienst für den gehobenen Dienst können Studienleistungen, die an einer Hochschule erbracht worden sind, angerechnet werden, wenn

1. die Bewerberinnen und Bewerber Studienabschnitte absolviert haben, die inhaltlich den Anforderungen eines Abschnitts dieses Vorbereitungsdienstes entsprechen, und
2. die Studienleistungen durch bestandene Prüfungen nachgewiesen werden.

Die Rechtsverordnungen nach § 26 Absatz 2 Satz 1 des Bundesbeamtengesetzes können die Anrechnung weiterer Studien- und Prüfungsleistungen regeln.

(3) Der Vorbereitungsdienst dauert nach einer Verkürzung oder nach der Anrechnung von Studien- und Prüfungsleistungen mindestens sechs Monate.

(4) Bei einer Verkürzung oder bei der Anrechnung von Studien- und Prüfungsleistungen können Abweichungen vom Ausbildungs-, Lehr- oder Studienplan zugelassen werden.

(5) Bei einer Verkürzung oder für die Anrechnung von Studien- und Prüfungsleistungen können die Bildungsvoraussetzungen und sonstigen Voraussetzungen nach § 17 Absatz 2 bis 5 des Bundesbeamtengesetzes nicht berücksichtigt werden.

(6) Rechtsverordnungen nach § 26 Absatz 2 Satz 1 des Bundesbeamtengesetzes können vorsehen, dass ein erfolgreich abgeschlossener Vorbereitungsdienst für eine Laufbahn auf den Vorbereitungsdienst für die nächsthöhere Laufbahn bis zu sechs Monaten angerechnet werden kann.“

11. § 17 Absatz 3 wird durch die folgenden Absätze 3 bis 5 ersetzt:

„(3) Folgende Prüfungen können, wenn sie nicht bestanden worden sind, einmal wiederholt werden:

1. die Laufbahnprüfung,
2. die Zwischenprüfung, wenn deren Bestehen Voraussetzung für die Fortsetzung des Vorbereitungsdienstes ist, sowie

3. Modul- und Teilprüfungen, wenn deren Bestehen Voraussetzung für die Fortsetzung des Vorbereitungsdienstes ist.

(4) Noch ein zweites Mal können folgende Prüfungen, wenn sie auch in der ersten Wiederholung nicht bestanden worden sind, wiederholt werden:

1. in einem Vorbereitungsdienst, der als Bachelorstudiengang und nur mit Pflichtmodulen durchgeführt wird: zwei Modulprüfungen und
2. in einem Vorbereitungsdienst, der als Bachelorstudiengang mit Wahl- und Pflichtmodulen durchgeführt wird:
  - a) eine Modulprüfung in einem der Pflichtmodule und
  - b) eine Modulprüfung in einem der Wahlmodule.

(5) In anderen Vorbereitungsdiensten kann die oberste Dienstbehörde in begründeten Ausnahmefällen bei folgenden Prüfungen, wenn sie auch in der ersten Wiederholung nicht bestanden worden sind, noch eine zweite Wiederholung zulassen:

1. bei der Laufbahnprüfung,
2. bei der Zwischenprüfung, wenn deren Bestehen Voraussetzung für die Fortsetzung des Vorbereitungsdienstes ist, und
3. bei Modul- und Teilprüfungen, wenn deren Bestehen Voraussetzung für die Fortsetzung des Vorbereitungsdienstes ist.

Die Befugnis zur Zulassung einer zweiten Wiederholung kann von der obersten Dienstbehörde auf die unmittelbar nachgeordneten Behörden übertragen werden.“

12. § 18 wird wie folgt gefasst:

#### „§ 18

##### Einfacher Dienst

Die Anerkennung der Befähigung für eine Laufbahn des einfachen Dienstes nach § 7 Nummer 2 Buchstabe a setzt neben den Bildungsvoraussetzungen eine abgeschlossene Berufsausbildung voraus.“

13. § 19 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

„(1) Die Anerkennung der Befähigung für eine Laufbahn des mittleren Dienstes nach § 7 Nummer 2 Buchstabe a setzt neben den Bildungsvoraussetzungen Folgendes voraus:

1. eine abgeschlossene Berufsausbildung, die inhaltlich den Anforderungen eines fachspezifischen Vorbereitungsdienstes entspricht, oder
2. eine abgeschlossene Berufsausbildung und eine hauptberufliche Tätigkeit von mindestens einem Jahr und sechs Monaten.“



b) Dem Absatz 3 werden die folgenden Sätze angefügt:

„Erfüllt sie diese Voraussetzung, so darf sie von der nach § 8 Absatz 1 zuständigen Behörde nicht bei der Anerkennung der Befähigung ausgeschlossen werden. Bei einer hauptberuflichen Tätigkeit, die im öffentlichen Dienst ausgeübt worden ist, richtet sich die Bewertung der Schwierigkeit nach der besoldungsrechtlichen oder tarifrechtlichen Bewertung dieser Tätigkeit.“

c) Folgender Absatz 5 wird angefügt:

„(5) Elternzeit gilt als hauptberufliche Tätigkeit, wenn vor Beginn der Elternzeit eine hauptberufliche Tätigkeit von insgesamt mindestens sechs Monaten ausgeübt worden ist. Ist die hauptberufliche Tätigkeit im öffentlichen Dienst ausgeübt worden, so gilt Elternzeit auch dann als ausgeübte hauptberufliche Tätigkeit, wenn die hauptberufliche Tätigkeit vor Beginn der Elternzeit weniger als sechs Monate ausgeübt worden ist.“

14. § 20 wird wie folgt gefasst:

## „§ 20

### Gehobener Dienst

(1) Die Anerkennung der Befähigung für eine Laufbahn des gehobenen Dienstes nach § 7 Nummer 2 Buchstabe a setzt Folgendes voraus:

1. einen an einer Hochschule erworbenen Bachelor oder einen gleichwertigen Abschluss, wenn die jeweilige Ausbildung inhaltlich den Anforderungen eines fachspezifischen Vorbereitungsdienstes entsprochen hat, oder
2. einen an einer Hochschule erworbenen Bachelor sowie eine hauptberufliche Tätigkeit oder einen Abschluss, der einem Bachelor gleichwertig ist, sowie eine hauptberufliche Tätigkeit.

Die Regelstudiendauer des Studiengangs, mit dem der Bachelor oder der gleichwertige Abschluss nach Satz 1 abgeschlossen wurde, muss mindestens drei Jahre betragen haben. Die Dauer der hauptberuflichen Tätigkeit nach Satz 1 Nummer 2 beträgt mindestens ein Jahr und sechs Monate. § 19 Absatz 2 bis 5 gilt entsprechend.

(2) Die Befähigung für den gehobenen technischen Verwaltungsdienst hat auch, wer einen der folgenden Vorbereitungsdienste abgeschlossen hat:

1. den gehobenen Verwaltungsinformatikdienst des Bundes oder
2. den gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienst des Bundes – Fachrichtung digitale Verwaltung und IT-Sicherheit –.

15. § 21 Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

„(1) Die Anerkennung der Befähigung für eine Laufbahn des höheren Dienstes nach § 7 Nummer 2 Buchstabe a setzt Folgendes voraus:

1. eine inhaltlich den Anforderungen eines fachspezifischen Vorbereitungsdienstes entsprechende Ausbildung oder

2. eine hauptberufliche Tätigkeit in der geforderten Dauer und einen der folgenden Ausbildungsabschlüsse:
  - a) einen an einer Hochschule erworbenen Bachelor und einen an einer Hochschule erworbenen Master,
  - b) einen Abschluss, der einem an einer Hochschule erworbenen Bachelor gleichwertig ist und einen an einer Hochschule erworbenen Master oder
  - c) einen Abschluss, der einem an einer Hochschule erworbenen Master gleichwertig ist.

Als Dauer der hauptberuflichen Tätigkeit nach Satz 1 Nummer 2 werden gefordert:

1. mindestens zwei Jahre und sechs Monate, wenn
  - a) mit den Studiengängen, die zum Bachelor und Master geführt haben, mindestens 300 Leistungspunkte nach dem Europäischen System zur Übertragung und Akkumulierung von Studienleistungen erworben worden sind,
  - b) die Regelstudiendauer des dem Bachelor gleichwertigen Abschlusses drei Jahre betragen hat und mit dem Studiengang, der zum Master geführt hat, mindestens 120 Leistungspunkte erworben worden sind,
  - c) die Regelstudiendauer des dem Bachelor gleichwertigen Abschlusses vier Jahre betragen hat und mit dem Studiengang, der zum Master geführt hat, mindestens 60 Leistungspunkte erworben worden sind oder
  - d) ein Abschluss nach Satz 1 Nummer 2 Buchstabe c vorliegt,
2. mindestens drei Jahre, wenn
  - a) mit den Studiengängen, die zum Bachelor und Master geführt haben, mindestens 270, aber weniger als 300 Leistungspunkte erworben worden sind, oder
  - b) die Regelstudiendauer des dem Bachelor gleichwertigen Abschlusses drei Jahre betragen hat und mit dem Studiengang, der zum Master geführt hat, mindestens 90, aber weniger als 120 Leistungspunkte erworben worden sind, und
3. mindestens drei Jahre und sechs Monate, wenn
  - a) mit den Studiengängen, die zum Bachelor und zum Master geführt haben, mindestens 240, aber weniger als 270 Leistungspunkte erworben worden sind, oder
  - b) die Regelstudiendauer des mit dem Bachelor gleichwertigen Abschlusses drei Jahre betragen hat und mit dem Studiengang, der zum Master geführt hat, mindestens 60, aber weniger als 90 Leistungspunkte erworben worden sind.

§ 19 Absatz 2 bis 5 gilt entsprechend.“

16. § 23 wird wie folgt geändert:

a) Nach Absatz 1 wird folgender Absatz 2 eingefügt:

„(2) Bei Personen, die ein Hochschulstudium und eine hauptberufliche Tätigkeit, die für Beamtinnen und Beamte als Aufstiegsverfahren nach § 39 mit Hochschulstudium und berufspraktischer Einführung eingerichtet sind, absolviert haben, kann

1. bei der Zulassung zu einer Laufbahn des gehobenen Dienstes abgesehen werden von der Voraussetzung der hauptberuflichen Tätigkeit nach § 17 Absatz 4 Nummer 2 Buchstabe c des Bundesbeamtengesetzes und
2. bei der Zulassung zu einer Laufbahn des höheren Dienstes abgesehen werden von der Voraussetzung der hauptberuflichen Tätigkeit nach § 17 Absatz 5 Nummer 2 Buchstabe c des Bundesbeamtengesetzes.“

b) Der bisherige Absatz 2 wird Absatz 3.

c) Der bisherige Absatz 3 wird Absatz 4 und die Wörter „§ 17 Absatz 4 Nummer 2 Buchstabe c“ werden durch die Wörter „§ 17 Absatz 4 Nummer 1 und 2 Buchstabe c“ ersetzt.

d) Der bisherige Absatz 4 wird Absatz 5 und folgender Satz wird angefügt:

„Bei einer hauptberuflichen Tätigkeit, die im öffentlichen Dienst ausgeübt worden ist, richtet sich die Bewertung der Schwierigkeit nach der besoldungsrechtlichen oder tarifrechtlichen Bewertung dieser Tätigkeit.“

e) Der bisherige Absatz 5 wird Absatz 6.

f) Der bisherige Absatz 6 wird Absatz 7 und wie folgt gefasst:

„(7) Abweichend von § 17 Absatz 4 Nummer 2 Buchstabe c und Absatz 5 Nummer 2 Buchstabe c des Bundesbeamtengesetzes können anstelle von Zeiten einer hauptberuflichen Tätigkeit folgende Zeiten anerkannt werden:

1. bei Ärztinnen und Ärzten:

- a) Zeiten einer als Pflicht- oder Medizinalassistentin oder als Pflicht- oder Medizinalassistent und als Ärztin oder Arzt im Praktikum ausgeübten Tätigkeit oder
- b) Zeiten einer Weiterbildung zur Tropenmedizinerin oder zum Tropenmediziner,

2. bei Lebensmittelchemikerinnen und Lebensmittelchemikern: Zeiten der zusätzlich vorgeschriebenen Ausbildung und

3. bei Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern: Zeiten einer Habilitation.“

g) Die bisherigen Absätze 7 und 8 werden die Absätze 8 und 9.

h) In dem neuen Absatz 8 werden die Wörter „die Laufbahn des höheren sprach- und kulturwissenschaftlichen Dienstes“ durch die Wörter „Laufbahnen des höheren Dienstes“ ersetzt.

17. Dem § 24 Absatz 2 werden die folgenden Sätze angefügt:

„Die Zeit einer geforderten hauptberuflichen Tätigkeit und der Bewährung darf nicht wegen Elternzeit verlängert werden. Beträgt die Zeit, in der tatsächlich Dienst geleistet worden ist, wegen Elternzeit weniger als ein Jahr, muss eine Verlängerung erfolgen. Die Verlängerung erfolgt um denjenigen Zeitraum der erforderlich ist, damit ein Jahr tatsächlich Dienst geleistet wird.“

18. § 25 wird wie folgt gefasst:

## „§ 25

### Einstellung in ein Beförderungsamtsamt

(1) Eine Bewerberin oder ein Bewerber kann in ein Beförderungsamtsamt eingestellt werden, wenn sie oder er

1. das angestrebte Amt nach dem individuellen fiktiven Werdegang erreichen kann und
2. für den Zeitraum des individuellen fiktiven Werdegangs hauptberufliche Tätigkeiten nachweist, die
  - a) nach Fachrichtung und Schwierigkeit der Tätigkeit einer Beamtin oder eines Beamten in der angestrebten Laufbahn entsprochen haben und
  - b) innerhalb dieses Zeitraums für eine Dauer von mindestens sechs Monaten nach ihrer Art und Bedeutung dem angestrebten Amt entsprochen haben.

Liegt keine hauptberufliche Tätigkeit nach Satz 1 Nummer 2 vor, so ist die besondere Befähigung für das angestrebte Amt durch förderliche Zusatzqualifikationen nachzuweisen.

(2) Der Zeitraum des individuellen fiktiven Werdegangs ist die Summe aus

1. einem Zeitraum von drei Jahren, der an die Stelle der Probezeit tritt, die von einer Beamtin oder einem Beamten zu absolvieren ist, und
2. einem Zeitraum von einem Jahr, der an die Stelle jeder Sperrfrist tritt, die bei einer Beamtin oder einem Beamten nach dem Erreichen des ersten Beförderungsamtsamts bis zum Erreichen des angestrebten Amtes einzuhalten ist.

Wenn in der Dienstbehörde üblicherweise ein längerer Zeitraum als ein Jahr zwischen zwei Beförderungen liegt, so kann die Dienstbehörde abweichend von Satz 1 Nummer 2 diesen längeren Zeitraum festlegen.

(3) § 19 Absatz 4 und 5 gilt entsprechend.

(4) Soweit hauptberufliche Tätigkeiten bereits auf den Vorbereitungsdienst angerechnet worden sind, dürfen sie bei der Einstellung in ein Beförderungsamtsamt nicht einbezogen werden.“

19. In § 28 Absatz 4 Satz 1 wird jeweils vor dem Wort „Probezeit“ das Wort „festgesetzten“ eingefügt.

20. § 29 Absatz 2 wird wie folgt geändert:

- a) In Nummer 1 wird das Komma durch das Wort „oder“ ersetzt.
- b) In Nummer 2 wird das Wort „oder“ durch einen Punkt ersetzt.
- c) Nummer 3 wird aufgehoben.

21. § 30 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 Satz 2 wird wie folgt gefasst:

„Dies gilt nicht, wenn die oberste Dienstbehörde bei der Gewährung der Beurlaubung festgestellt hat, dass die Beurlaubung dienstlichen Interessen oder öffentlichen Belangen dient.“

b) Absatz 2 Satz 1 wird wie folgt geändert:

aa) Nummer 1 wird aufgehoben.

bb) Die Nummern 2 bis 5 werden die Nummern 1 bis 4.

22. § 31 wird wie folgt gefasst:

### „§ 31

#### Mindestprobezeit

(1) Die Probezeit muss mindestens ein Jahr dauern (Mindestprobezeit).

(2) Auf die Mindestprobezeit können hauptberufliche Tätigkeiten nicht nach § 29 Absatz 1 angerechnet werden.

(3) Auf die Mindestprobezeit kann jedoch eine hauptberufliche Tätigkeit angerechnet werden, soweit die hauptberufliche Tätigkeit

- 1. nach Art und Schwierigkeit mindestens der Tätigkeit in einem Amt der betreffenden Laufbahn entspricht und
- 2. ausgeübt worden ist
  - a) im berufsmäßigen Wehrdienst,
  - b) in der obersten Dienstbehörde, die für die Bewährungsfeststellung zuständig ist, oder in deren Dienstbereich oder
  - c) in einem Beamtenverhältnis als Beamtin oder Beamter der Bundesbesoldungsordnung W oder C.“

23. § 33 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 3 werden nach dem Wort „keinen“ die Wörter „oder keinen hinreichenden“ eingefügt.

bb) Nach Satz 3 wird folgender Satz eingefügt:

„Dies kann insbesondere der Fall sein, wenn erstmals Leitungs- oder Führungsaufgaben übertragen werden sollen.“

b) Absatz 3 Satz 1 Nummer 3 wird wie folgt gefasst:

„3. bei Freistellungen von der dienstlichen Tätigkeit wegen einer Mitgliedschaft im Personalrat, als Vertrauensperson der schwerbehinderten Menschen oder bei Entlastungen als Gleichstellungsbeauftragte, wenn die dienstliche Tätigkeit jeweils weniger als 25 Prozent der Arbeitszeit beansprucht.“

24. § 35 wird wie folgt geändert:

a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:

### „§ 35

Voraussetzungen für den Aufstieg“.

b) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

„(1) Der Aufstieg setzt die erfolgreiche Teilnahme an einem Auswahlverfahren voraus. Weitere Voraussetzungen sind:

1. für den Aufstieg in den mittleren Dienst: der erfolgreiche Abschluss eines fachspezifischen Vorbereitungsdienstes oder einer fachspezifischen Qualifizierung,
2. für den Aufstieg in den gehobenen Dienst:
  - a) der erfolgreiche Abschluss eines fachspezifischen Vorbereitungsdienstes oder einer fachspezifischen Qualifizierung oder
  - b) der erfolgreiche Abschluss eines Hochschulstudiums und eine berufspraktische Einführung in der nächsthöheren Laufbahn,
3. für den Aufstieg in den höheren Dienst:
  - a) der erfolgreiche Abschluss eines fachspezifischen Vorbereitungsdienstes oder
  - b) der erfolgreiche Abschluss eines Hochschulstudiums und eine berufspraktische Einführung in der nächsthöheren Laufbahn.“

25. § 36 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 3 wird wie folgt geändert:

aa) Nach Satz 5 werden die folgenden Sätze eingefügt:

„Der Auswahlkommission können auch Arbeitnehmerinnen oder Arbeitnehmer angehören. Sie müssen bei Auswahlverfahren für den Aufstieg in Laufbahnen des mittleren Dienstes mindestens eine abgeschlossene Berufsausbildung oder eine gleichwertige Qualifikation, bei Auswahlverfahren für den

Aufstieg in Laufbahnen des gehobenen Dienstes mindestens einen Bachelorabschluss oder eine gleichwertige Qualifikation und bei Auswahlverfahren für den Aufstieg in Laufbahnen des höheren Dienstes einen Master oder eine gleichwertige Qualifikation besitzen.“

bb) In dem neuen Satz 8 wird das Wort „Sie“ durch die Wörter „Die Mitglieder der Auswahlkommission“ ersetzt.

b) Absatz 4 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 6 werden nach dem Wort „ist“ die Wörter „anhand der ermittelten Gesamtergebnisse“ eingefügt.

bb) Nach Satz 6 wird folgender Satz eingefügt:

„Die Rangfolge ist für die Entscheidung über die Zulassung zum Aufstiegsverfahren maßgeblich.“

c) In Absatz 6 Satz 1 wird das Wort „Aufstieg“ durch das Wort „Aufstiegsverfahren“ ersetzt.

26. § 37 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 werden die Wörter „nach erfolgreichem Auswahlverfahren“ gestrichen.

b) Absatz 2 werden die Wörter „Ausbildungs- und Prüfungsordnungen“ durch die Wörter „Rechtsverordnungen über besondere Vorschriften für die einzelnen Laufbahnen und Vorbereitungsdienste nach § 26 Absatz 2 Satz 1 des Bundesbeamtengesetzes“ ersetzt.

27. § 38 Absatz 2 wird wie folgt geändert:

a) In den Sätzen 4 und 5 wird jeweils das Wort „Leistungsnachweise“ durch das Wort „Leistungstests“ ersetzt.

b) Folgender Satz wird angefügt:

„Hat eine Person einen Leistungstest endgültig nicht bestanden, so ist für sie das Aufstiegsverfahren beendet.“

28. § 39 wird wie folgt geändert:

a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:

### „§ 39

#### Hochschulstudium und berufspraktische Einführung“

b) Absatz 6 wird wie folgt gefasst:

„(6) Für den Aufstieg können die obersten Dienstbehörden Studiengänge einrichten. Ihnen wird die in § 26 Absatz 2 Satz 1 des Bundesbeamtengesetzes enthaltene Ermächtigung übertragen, für den Aufstieg durch Rechtsverordnung besondere Vorschriften zu erlassen.“

29. § 43 wird wie folgt gefasst:

„§ 43

Wechsel von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern

Wenn sie die Befähigung für die vorgesehene Laufbahn besitzen, kann Beamtinnen und Beamten, die seit mindestens sechs Monaten

1. ein Amt der Besoldungsgruppe W 1 der Bundesbesoldungsordnung W oder C 1 der früheren Bundesbesoldungsordnung C innehaben, ein Amt der Besoldungsgruppe A 13 übertragen werden,
2. ein Amt der Besoldungsgruppe W 2 der Bundesbesoldungsordnung W oder C 2 der früheren Bundesbesoldungsordnung C innehaben, nach vier Jahren in Ämtern der Bundesbesoldung W oder der früheren Bundesbesoldungsordnung C ein Amt der Besoldungsgruppe A 14 übertragen werden,
3. ein Amt der Besoldungsgruppe W 2 der Bundesbesoldungsordnung W oder C 2 der früheren Bundesbesoldungsordnung C innehaben, nach fünf Jahren in Ämtern der Bundesbesoldungsordnung W oder der früheren Bundesbesoldungsordnung C ein Amt der Besoldungsgruppe A 15 übertragen werden,
4. ein Amt der Besoldungsgruppe W 2 der Bundesbesoldungsordnung W oder C 3 der früheren Bundesbesoldungsordnung C innehaben, nach sechs Jahren in Ämtern der Bundesbesoldungsordnung W oder der früheren Bundesbesoldungsordnung C ein Amt der Besoldungsgruppe A 16 oder B 3 übertragen werden,
5. ein Amt der Besoldungsgruppe W 3 der Bundesbesoldungsordnung W oder C 4 der früheren Bundesbesoldungsordnung C innehaben, nach sieben Jahren in Ämtern der Bundesbesoldungsordnung W oder der früheren Bundesbesoldungsordnung C ein Amt der Besoldungsgruppe B 3 oder B 4

übertragen werden.“

30. § 44 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) Das Wort „sonstigen“ wird gestrichen.

bb) Die Angabe „27“ wird durch die Angabe „26 sowie § 43“ ersetzt.

b) Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Auf die Mindestprobezeit und auf die Probezeit sind die Zeiten anzurechnen, in denen sich die Beamtin oder der Beamte, nachdem sie oder er die Laufbahnbefähigung erworben hat, bei einem anderen Dienstherrn in einer gleichwertigen Laufbahn bewährt hat.“

31. In § 48 Satz 2 werden die Wörter „während der laufbahnrechtlichen Probezeit und“ gestrichen.



32. § 51 Absatz 3 wird wie folgt gefasst:

„(3) Beamtinnen und Beamte, die sich am 26. Januar 2017 in einer der Laufbahnen des tierärztlichen Dienstes oder des agrar-, forst- und ernährungswissenschaftlichen Dienstes befunden haben, besitzen die Befähigung für die Laufbahn des agrar-, forst- und ernährungswissenschaftlichen sowie tierärztlichen Dienstes in ihrer bisherigen Laufbahngruppe.“

33. Anlage 1 wird wie folgt geändert:

a) In Nummer 18 wird die Angabe

„– als wissenschaftlicher Mitarbeiter einer Hochschule;“

durch folgende Angaben ersetzt:

„– als wissenschaftliche Mitarbeiterin oder wissenschaftlicher Mitarbeiter einer Hochschule;  
Fachschuloberlehrerin/Fachschuloberlehrer;“.

b) In Nummer 21 werden die Angaben

„Direktorin/Direktor bei der Unfallversicherung Bund und Bahn;  
Direktorin/Direktor der Bundesstelle für Flugunfalluntersuchung;  
Direktorin/Direktor der Bundesstelle für Seeunfalluntersuchung;  
Direktorin/Direktor des Geheimen Staatsarchivs der Stiftung Preußischer Kulturbesitz;  
Direktorin/Direktor des Ibero-Amerikanischen Instituts der Stiftung Preußischer Kulturbesitz;  
Direktorin/Direktor des Staatlichen Instituts für Musikforschung der Stiftung Preußischer Kulturbesitz;  
Direktorin/Direktor einer Wehrtechnischen Dienststelle;  
Direktorin/Direktor eines Prüfungsamtes des Bundes;“

durch folgende Angabe ersetzt:

„Direktorin/Direktor“.

c) Nummer 22 wird wie folgt gefasst:

Nr.	Laufbahngruppe	Zu den Laufbahnen der Laufbahngruppe gehörende Ämter	Amtsbezeichnungen
„22		Ämter der Bundesbesoldungsordnung B	Amtsbezeichnungen der Ämter der Bundesbesoldungsordnung B“.

34. Anlage 2 wird wie folgt geändert:

a) Nach Nummer 27 wird folgende Nummer 28 eingefügt:

Nr.	Laufbahn	Fachspezifischer Vorbereitungsdienst	Oberste Dienstbehörde(n)
„28		Gehobener technischer Verwaltungsdienst in der Straßenbauverwaltung des Bundes	Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur“.

b) Die bisherigen Nummern 28 bis 38 werden die Nummern 29 bis 39.

- c) Die bisherige Nummer 39 wird Nummer 40 und wird wie folgt gefasst:

Nr.	Laufbahn	Fachspezifischer Vorbereitungsdienst	Oberste Dienstbehörde(n)
„40		Höherer technischer Verwaltungsdienst des Bundes, Fachrichtungen Bauingenieurwesen, Bahnwesen, Maschinen- und Elektrotechnik Fachgebiet Maschinen- und Elektrotechnik der Wasserstraßen, Luftfahrttechnik, Straßenwesen	Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur“.

- d) Die bisherigen Nummern 40 und 41 werden die Nummern 41 und 42.

- e) Nach der neuen Nummer 42 wird folgende Nummer 43 eingefügt:

Nr.	Laufbahn	Fachspezifischer Vorbereitungsdienst	Oberste Dienstbehörde(n)
„43		Höherer feuerwehrtechnischer Dienst in der Bundeswehr –	Bundesministerium der Verteidigung“.

- f) Die bisherige Nummer 42 wird Nummer 44.

35. Die Anlagen 3 und 4 erhalten die aus dem Anhang zu dieser Verordnung ersichtliche Fassung.

## Artikel 2

### Folgeänderungen

(1) In § 15 Absatz 2 Nummer 2, § 16a Absatz 2 Nummer 2 sowie § 17 Absatz 2 Nummer 2 der Bundespolizei-Laufbahnverordnung vom 2. Dezember 2011 (BGBl. I S. 2408), die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 25. März 2020 (BGBl. I S. 664) geändert worden ist, wird jeweils die Angabe „Satz 7“ durch die Angabe „Satz 8“ ersetzt.

(2) Die Verordnung über den Vorbereitungsdienst für den mittleren Dienst im Bundesnachrichtendienst und den mittleren Dienst im Verfassungsschutz des Bundes vom 9. August 2019 (BGBl. I S. 1221), wird wie folgt geändert:

1. In § 48 Absatz 1 werden die Wörter „§ 17 Absatz 3 der Bundeslaufbahnverordnung“ durch die Wörter „§ 17 Absatz 3 Nummer 2 und Absatz 5 Satz 1 Nummer 2 der Bundeslaufbahnverordnung“ ersetzt.
2. In § 63 Absatz 1 werden die Wörter „§ 17 Absatz 3 Satz 1 und 3 Nummer 2 der Bundeslaufbahnverordnung“ durch die Wörter „§ 17 Absatz 3 Nummer 1 und Absatz 5 Satz 1 Nummer 1 der Bundeslaufbahnverordnung“ ersetzt.

(3) In § 48 Absatz 1 der Verordnung über den Vorbereitungsdienst für den gehobenen Dienst im Bundesnachrichtendienst und den gehobenen Dienst im Verfassungsschutz des Bundes vom 21. September 2018 (BGBl. I S. 1368), die durch Artikel 2 der Verordnung vom 9. August 2019 (BGBl. I S. 1221) geändert worden ist, werden die Wörter „§ 17 Absatz 3 der Bundeslaufbahnverordnung“ durch die Wörter „§ 17 Absatz 3 Nummer 2 und Absatz 5 Satz 1 Nummer 2 der Bundeslaufbahnverordnung“ ersetzt.

## Artikel 3

### Änderung der Laufbahnbefähigungsanerkennungsverordnung

Die Laufbahnbefähigungsanerkennungsverordnung vom 23. November 2009 (BGBl. I S. 3824, die zuletzt durch Artikel 14 Absatz 6 des Gesetzes vom 28. Juni 2021 (BGBl. I S. 2250) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In der Inhaltsübersicht wird die Angabe zu § 1 durch die folgenden Angaben ersetzt:

„§ 1      Persönlicher Geltungsbereich

§ 1a     Regelungsgegenstand“.

2. § 1 wird durch die folgenden §§ 1 und 1a ersetzt:

#### „§ 1

##### Persönlicher Geltungsbereich

Diese Verordnung gilt für die in § 7 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 des Bundesbeamtengesetzes genannten Personen.

#### § 1a

##### Regelungsgegenstand

Diese Verordnung regelt die Anerkennung von Berufsqualifikation als Befähigung für eine Laufbahn im Bundesdienst auf Grund der Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen (ABl. L 255 vom 30.9.2005, S. 22, L 271 vom 16.10.2007, S. 18, L 93 vom 4.4.2008, S. 28, L 33 vom 3.2.2009, S. 49), die zuletzt durch die Richtlinie 2013/55/EU (ABl. L 354 vom 28.12.2013, S. 132) geändert worden ist.“

3. § 2 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

„(1) Eine Berufsqualifikation wird auf Antrag als Laufbahnbefähigung anerkannt, wenn sie

1. in einem Staat, der in § 7 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 des Bundesbeamtengesetzes genannt ist, erworben worden ist (Qualifikationsstaat),
2. im Qualifikationsstaat für den unmittelbaren Zugang zu einer Tätigkeit im öffentlichen Dienst erforderlich ist und
3. im Vergleich zu den Voraussetzungen, die nach Bundesrecht für den Erwerb der Laufbahnbefähigung zu erfüllen sind, keine wesentlichen Unterschiede aufweist.

Weist die Berufsqualifikation im Vergleich zu den Voraussetzungen, die für den Erwerb der Laufbahnbefähigung zu erfüllen sind, wesentliche Unterschiede auf, muss die Antragstellerin oder der Antragsteller

1. eine Eignungsprüfung (§ 6) bestanden haben,
  2. an einem Anpassungslehrgang (§ 7) erfolgreich teilgenommen haben oder
  3. eine Eignungsprüfung (§ 6) bestanden und an einem Anpassungslehrgang (§ 7) erfolgreich teilgenommen haben.“
- b) In Absatz 2 wird jeweils das Wort „Qualifikation“ durch das Wort „Berufsqualifikation“ ersetzt.
- c) Absatz 3 wird wie folgt gefasst:
- „(3) Einer Berufsqualifikation nach Absatz 1 sind gleichgestellt:
1. eine Berufsqualifikation, die
    - a) in einem Staat, der nicht in § 7 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 des Bundesbeamtengesetzes genannt ist, erworben worden ist und
    - b) von einem Staat anerkannt worden ist, der in § 7 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 des Bundesbeamtengesetzes genannt ist,sofern die Antragstellerin oder der Antragsteller durch eine vom Anerkennungsstaat ausgestellte Bescheinigung nachweist, dass sie oder er den betreffenden Beruf drei Jahre lang im Anerkennungsstaat ausgeübt hat, sowie
  2. eine in Artikel 12 der Richtlinie 2005/36/EG aufgeführte Berufsqualifikation.“
- d) Absatz 4 Satz 1 wird wie folgt geändert:
- aa) Die Wörter „Qualifikation nach § 1“ werden durch die Wörter „Berufsqualifikation nach den Absätzen 1 bis 3“ ersetzt
  - bb) In den Nummern 1 und 2 werden jeweils die Wörter „im Qualifikationsstaat“ durch die Wörter „im Qualifikationsstaat oder im Anerkennungsstaat“ ersetzt.
4. In § 3 Absatz 3 Satz 2 wird das Wort „Qualifikationsstaats“ durch die Wörter „Qualifikations- oder Anerkennungsstaat“ ersetzt.
  5. In den §§ 5, 8 und 11 wird jeweils das Wort „Qualifikation“ jeweils durch das Wort „Berufsqualifikation“ ersetzt.
  6. In § 6 Absatz 4 Satz 3 werden die Wörter „§ 17 Absatz 3 Satz 1 und 3 Nummer 2 der Bundeslaufbahnverordnung“ durch die Wörter „§ 17 Absatz 3 Nummer 1 und Absatz 5 Satz 1 Nummer 1 der Bundeslaufbahnverordnung“ ersetzt.
  7. In § 10 wird das Wort „Qualifikationsstaaten“ durch die Wörter „Qualifikations- oder Anerkennungsstaaten“ ersetzt.

## **Artikel 4**

### **Änderung der Postlaufbahnverordnung**

Die Postlaufbahnverordnung vom 12. Januar 2012 (BGBl. I S. 90), die durch Artikel 316 der Verordnung vom 19. Juni 2020 (BGBl. I S. 1328) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 1 Absatz 3 wird wie folgt gefasst:

„(3) Eignung, Befähigung und fachliche Leistung sind an den Anforderungen des jeweiligen Postnachfolgeunternehmens zu messen.“

2. § 7 wird wie folgt gefasst:

#### **„§ 7**

##### **Fachspezifische Qualifizierungen für den Aufstieg**

Wenn die Anforderungen der Laufbahnen es rechtfertigen, kann die oberste Dienstbehörde im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen

1. die Dauer der fachtheoretischen Ausbildung abweichend von § 38 Absatz 2 Satz 1 der Bundeslaufbahnverordnung festlegen,
1. abweichend von § 38 Absatz 2 Satz 2 der Bundeslaufbahnverordnung festlegen, dass die fachtheoretische Ausbildung auch für den Aufstieg in den mittleren Dienst zum Teil berufsbegleitend durchgeführt werden kann, und
2. die Inhalte der fachtheoretischen Ausbildung abweichend von § 38 Absatz 2 Satz 3 der Bundeslaufbahnverordnung festlegen.“

## **Artikel 5**

### **Änderung der Mutterschutz- und Elternzeitverordnung**

Die Mutterschutz- und Elternzeitverordnung vom 12. Februar 2009 (BGBl. I S. 320), die zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes vom 15. Februar 2021 (BGBl. I S. 239) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 3 Absatz 1 werden die Wörter „wird die Zahlung der Dienst- und Anwärterbezüge, mit Ausnahme des Verbots der Mehrarbeit,“ durch die Wörter „mit Ausnahme des Verbots der Mehrarbeit wird die Zahlung der Dienst- und Anwärterbezüge“ ersetzt.
2. In § 7 Absatz 1 wird die Angabe „30“ durch die Angabe „32“ ersetzt.

## **Artikel 6**

### **Änderung der Erholungsurlaubsverordnung**

§ 5a Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 der Erholungsurlaubsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. November 2004 (BGBl. I S. 2831), die zuletzt durch Artikel 47 der Verordnung vom 19. Juni 2020 (BGBl. I S. 1328) geändert worden ist, wird wie folgt gefasst:

- „3. Beschäftigungsverbot nach § 16 Absatz 1 des Mutterschutzgesetzes in Verbindung mit § 2 Absatz 1 Satz 1 Nummer 5 der Mutterschutz- und Elternzeitverordnung.“

## **Artikel 7**

### **Änderung der Sonderurlaubsverordnung**

Nach § 21 Absatz 1 Nummer 6 der Sonderurlaubsverordnung vom 1. Juni 2016 (BGBl. I S. 1284), die zuletzt durch Artikel 3 der Verordnung vom 3. Juni 2021 (BGBl. I S. 1367) geändert worden ist, wird folgende Nummer 6a eingefügt:

	Anlass	Urlaubsdauer
„6a.	abweichend von Nummer 6 und befristet bis zum 31. Dezember 2021 für Fälle, in denen die Beamtin oder der Beamte in einer wegen der COVID-19-Pandemie akut aufgetretenen Pflegesituation eine bedarfsgerechte häusliche Pflege für die Betreuung einer oder eines nahen Angehörigen im Sinne des § 7 Absatz 3 des Pflegezeitgesetzes sicherstellen oder organisieren muss und in denen die Pflege nicht anderweitig gewährleistet werden kann; dass die Pflegesituation wegen der COVID-19-Pandemie aufgetreten ist, wird bis zum 31. Dezember 2021 vermutet	für jede pflegebedürftige Person bis zu 20 Arbeitstage“.

## **Artikel 8**

### **Weitere Änderung der Sonderurlaubsverordnung**

§ 21 Absatz 1 Nummer 6a der Sonderurlaubsverordnung, die zuletzt durch Artikel 7 dieser Verordnung geändert worden ist, wird aufgehoben.

## **Artikel 9**

### **Bekanntmachungserlaubnis**

Das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat kann den Wortlaut der Bundeslaufbahnverordnung in der vom ... [einsetzen: Tag des Inkrafttretens nach Artikel 10 Absatz 1] an geltenden Fassung im Bundesgesetzblatt bekannt machen.

## **Artikel 10**

### **Inkrafttreten**

(1) Diese Verordnung tritt vorbehaltlich der folgenden Absätze am Tag nach der Verkündung in Kraft.

(2) Artikel 5 tritt am 1. September 2021 in Kraft.

(3) Artikel 7 tritt mit Wirkung vom 1. Juli 2021 in Kraft.

(4) Artikel 8 tritt am 1. Januar 2022 in Kraft.

**Anhang**  
(zu Artikel 1 Nummer 35)

**Anlage 3**  
(zu § 10 Absatz 2 Satz 2)

**Prüfungsnoten**

In den Rechtsverordnungen nach § 10 Absatz 1 sind folgende Prüfungsnoten vorzusehen:

	<b>Note</b>	<b>Notendefinition</b>
	1	2
1	sehr gut (1)	eine Leistung, die den Anforderungen in besonderem Maß entspricht
2	gut (2)	eine Leistung, die den Anforderungen voll entspricht
3	befriedigend (3)	eine Leistung, die im Allgemeinen den Anforderungen entspricht
4	ausreichend (4)	eine Leistung, die zwar Mängel aufweist, aber im Ganzen den Anforderungen noch entspricht
5	mangelhaft (5)	eine Leistung, die den Anforderungen nicht entspricht, jedoch erkennen lässt, dass die notwendigen Grundkenntnisse vorhanden sind und die Mängel in absehbarer Zeit behoben werden können
6	ungenügend (6)	eine Leistung, die den Anforderungen nicht entspricht und bei der selbst die Grundkenntnisse so lückenhaft sind, dass die Mängel in absehbarer Zeit nicht behoben werden können

Zur Bildung der Prüfungsnoten können die Einzelleistungen und die Gesamtleistung der Prüfung nach einem System von Punktzahlen bewertet werden.

Bei Vorbereitungsdiensten, die mit einem Bachelor abschließen, sind neben der Note zusätzlich die Leistungspunkte nach dem Europäischen System zur Übertragung und Akkumulierung von Studienleistungen auszuweisen.



## Anlage 4

(zu § 51 Absatz 1)

Tabelle 1

Entsprechungstabelle zu den Laufbahnen nach Anlage 1 der Bundeslaufbahnverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Juli 2002 (BGBl. I S. 2459, 2671), die zuletzt durch Artikel 15 Absatz 28 des Gesetzes vom 5. Februar 2009 (BGBl. I S. 160) geändert worden ist

	Laufbahn nach der BLV 2002	Entsprechende Laufbahn
	1	2
1	Ärztlicher Dienst	Höherer ärztlicher und gesundheitswissenschaftlicher Dienst
2	Archäologischer Dienst	Höherer sprach- und kulturwissenschaftlicher Dienst
3	Bibliotheksdienst	Höherer sprach- und kulturwissenschaftlicher Dienst
4	Biologischer Dienst	Höherer naturwissenschaftlicher Dienst
5	Chemischer Dienst einschließlich der Fachrichtungen physikalische Chemie, Bio- und Geochemie	Höherer naturwissenschaftlicher Dienst
6	Ethnologischer Dienst	Höherer sprach- und kulturwissenschaftlicher Dienst
7	Forst- und holzwirtschaftlicher Dienst	Bis 26. Januar 2017: höherer agrar-, forst- und ernährungswissenschaftlicher Dienst  Seit 27. Januar 2017: höherer agrar-, forst- und ernährungswissenschaftlicher sowie tierärztlicher Dienst
8	Gartenbaulicher Dienst einschließlich der Fachrichtung Landespflege	Bis 26. Januar 2017: höherer agrar-, forst- und ernährungswissenschaftlicher Dienst  Seit 27. Januar 2017: höherer agrar-, forst- und ernährungswissenschaftlicher sowie tierärztlicher Dienst
9	Geographischer Dienst	Höherer naturwissenschaftlicher Dienst
10	Geologischer Dienst	Höherer naturwissenschaftlicher Dienst
11	Geophysikalischer Dienst	Höherer naturwissenschaftlicher Dienst
12	Gesellschafts- und sozialwissenschaftlicher Dienst	Höherer nichttechnischer Verwaltungsdienst
13	Haus- und ernährungswissenschaftlicher Dienst	Bis 26. Januar 2017: höherer agrar-, forst- und ernährungswissenschaftlicher Dienst  Seit 27. Januar 2017: höherer agrar-, forst- und ernährungswissenschaftlicher sowie tierärztlicher Dienst
14	Historischer Dienst	Höherer sprach- und kulturwissenschaftlicher Dienst
15	Informationstechnischer Dienst	Höherer naturwissenschaftlicher Dienst

	<b>Laufbahn nach der BLV 2002</b>	<b>Entsprechende Laufbahn</b>
	1	2
16	Kryptologischer Dienst	Höherer naturwissenschaftlicher Dienst
17	Kunsthistorischer Dienst	Höherer kunstwissenschaftlicher Dienst
18	Landwirtschaftlicher Dienst	Bis 26. Januar 2017: höherer agrar-, forst- und ernährungswissenschaftlicher Dienst  Seit 27. Januar 2017: höherer agrar-, forst- und ernährungswissenschaftlicher sowie tierärztlicher Dienst
19	Lebensmittelchemischer Dienst	Höherer naturwissenschaftlicher Dienst
20	Mathematischer Dienst	Höherer naturwissenschaftlicher Dienst
21	Medien- und kommunikationswissenschaftlicher Dienst	Höherer sprach- und kulturwissenschaftlicher Dienst
22	Mineralogischer Dienst	Höherer naturwissenschaftlicher Dienst
23	Musikwissenschaftlicher Dienst	Höherer kunstwissenschaftlicher Dienst
24	Orientalischer Dienst	Höherer sprach- und kulturwissenschaftlicher Dienst
25	Ozeanographischer Dienst	Höherer naturwissenschaftlicher Dienst
26	Pharmazeutischer Dienst	Höherer naturwissenschaftlicher Dienst
27	Physikalischer Dienst	Höherer naturwissenschaftlicher Dienst
28	Raumordnungsdienst	Bei Vorliegen der akademischen Grade Diplom-Betriebswirtin/Diplom-Betriebswirt, Diplom-Kauffrau/Diplom-Kaufmann, Diplom-Soziologin/Diplom-Soziologe oder Diplom-Volkswirtin/Diplom-Volkswirt: höherer nichttechnischer Verwaltungsdienst  Bei Vorliegen der akademischen Grade Diplom-Agraringenieurin/Diplom-Agraringenieur oder Diplom-Ingenieurin/Diplom-Ingenieur: höherer technischer Verwaltungsdienst  Bei Vorliegen der akademischen Grade Diplom-Geographin/Diplom-Geograph: höherer naturwissenschaftlicher Dienst  Bei Vorliegen der akademischen Grade Diplom-Forstwirtin/Diplom-Forstwirt: Bis 26. Januar 2017: höherer agrar-, forst- und ernährungswissenschaftlicher Dienst  Seit 27. Januar 2017: höherer agrar-, forst- und ernährungswissenschaftlicher sowie tierärztlicher Dienst
29	Romanistischer Dienst	Höherer sprach- und kulturwissenschaftlicher Dienst
30	Slawistischer Dienst	Höherer sprach- und kulturwissenschaftlicher Dienst
31	Sprachendienst	Höherer sprach- und kulturwissenschaftlicher Dienst
32	Statistischer Dienst	Höherer naturwissenschaftlicher Dienst
33	Stenographischer Dienst in der Parlamentsverwaltung	Höherer nichttechnischer Verwaltungsdienst
34	Technischer Dienst nach Maßgabe des § 37	Höherer technischer Verwaltungsdienst

	<b>Laufbahn nach der BLV 2002</b>	<b>Entsprechende Laufbahn</b>
	1	2
35	Tierärztlicher Dienst	Bis 26. Januar 2017: Höherer tierärztlicher Dienst  Seit 27. Januar 2017: Höherer agrar-, forst- und ernährungswissenschaftlicher sowie tierärztlicher Dienst
36	Wetterdienst	Höherer naturwissenschaftlicher Dienst
37	Wirtschaftsverwaltungsdienst	Höherer nichttechnischer Verwaltungsdienst
38	Zahnärztlicher Dienst	Höherer ärztlicher und gesundheitswissenschaftlicher Dienst

Tabelle 2

Entsprechungstabelle zu den Laufbahnen nach Anlage 2 der Bundeslaufbahnverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Juli 2002 (BGBl. I S. 2459, 2671), die zuletzt durch Artikel 15 Absatz 28 des Gesetzes vom 5. Februar 2009 (BGBl. I S. 160) geändert worden ist

	<b>Laufbahn nach der BLV 2002</b>	<b>Entsprechende Laufbahn</b>
	1	2
1	Bibliotheksdienst	Gehobener sprach- und kulturwissenschaftlicher Dienst
2	Dienst in der gesetzlichen Krankenversicherung, Krankenkassendienst	Gehobener nichttechnischer Verwaltungsdienst
3	Dienst in der gesetzlichen Unfallversicherung	Gehobener nichttechnischer Verwaltungsdienst
4	Dienst als Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter und als Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen	Gehobener nichttechnischer Verwaltungsdienst
5	Dokumentationsdienst	Gehobener sprach- und kulturwissenschaftlicher Dienst
6	Gartenbaulicher Dienst einschließlich der Fachrichtung Landespflege	Bis 26. Januar 2017: gehobener agrar-, forst- und ernährungswissenschaftlicher Dienst  Seit 27. Januar 2017: gehobener agrar-, forst- und ernährungswissenschaftlicher sowie tierärztlicher Dienst
7	Informationstechnischer Dienst	Gehobener naturwissenschaftlicher Dienst
8	Land- und forstwirtschaftlicher Dienst nach Maßgabe des § 37	Bis 26. Januar 2017: gehobener agrar-, forst- und ernährungswissenschaftlicher Dienst  Seit 27. Januar 2017: gehobener agrar-, forst- und ernährungswissenschaftlicher sowie tierärztlicher Dienst
9	Landwirtschaftlich-hauswirtschaftlicher Dienst	Bis 26. Januar 2017: gehobener agrar-, forst- und ernährungswissenschaftlicher Dienst  Seit 27. Januar 2017: gehobener agrar-, forst- und ernährungswissenschaftlicher sowie tierärztlicher Dienst
10	Nautischer Dienst	Gehobener technischer Verwaltungsdienst

	<b>Laufbahn nach der BLV 2002</b>	<b>Entsprechende Laufbahn</b>
	1	2
11	Raumordnungsdienst	Gehobener technischer Verwaltungsdienst
12	Seevermessungstechnischer Dienst	Gehobener technischer Verwaltungsdienst
13	Schiffsmaschinendienst	Gehobener technischer Verwaltungsdienst
14	Technischer Dienst nach Maßgabe des § 37	Gehobener technischer Verwaltungsdienst
15	Weinbaulicher Dienst	Bis 26. Januar 2017: gehobener agrar-, forst- und ernährungswissenschaftlicher Dienst  Seit 27. Januar 2017: gehobener agrar-, forst- und ernährungswissenschaftlicher sowie tierärztlicher Dienst
16	Wirtschaftsverwaltungsdienst	Gehobener nichttechnischer Verwaltungsdienst

Tabelle 3

Entsprechungstabelle zu den Laufbahnen nach Anlage 3 der Bundeslaufbahnverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Juli 2002 (BGBl. I S. 2459, 2671), die zuletzt durch Artikel 15 Absatz 28 des Gesetzes vom 5. Februar 2009 (BGBl. I S. 160) geändert worden ist

	<b>Laufbahn nach der BLV 2002</b>	<b>Entsprechende Laufbahn</b>
	1	2
1	<p>Technischer Dienst nach Maßgabe des § 35 Absatz 2 Satz 2 und 4 und des § 37 bei Abschluss der Berufsausbildung als:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Technische Assistentinnen und Assistenten mit staatlicher Anerkennung</li> <li>– staatlich geprüfte Chemotechnikerinnen und Chemotechniker</li> <li>– Handwerksmeisterinnen, Handwerksmeister, Industriemeisterinnen und Industriemeister in ihrem jeweiligen Beruf</li> <li>– Kartographinnen und Kartographen</li> <li>– Laborantinnen und Laboranten</li> <li>– Landkartentechnikerinnen und Landkartentechniker</li> <li>– Operateurinnen und Operateure in Kernforschungseinrichtungen</li> <li>– staatlich geprüfte Technikerinnen und Techniker</li> <li>– Technikerinnen und Techniker mit staatlicher Anerkennung</li> <li>– Strahlenschutztechnikerinnen und Strahlenschutztechniker in Kernforschungseinrichtungen</li> <li>– Vermessungstechnikerinnen und Vermessungstechniker</li> <li>– Werkstoffprüferinnen und Werkstoffprüfer Zeichnerinnen und Zeichner</li> </ul>	Mittlerer technischer Verwaltungsdienst

	<b>Laufbahn nach der BLV 2002</b>	<b>Entsprechende Laufbahn</b>
	1	2
2	Archivdienst bei Abschluss der Berufsausbildung als Fachangestellte für Medien- und Informationsdienste – Fachrichtung Archiv –	Mittlerer nichttechnischer Verwaltungsdienst
3	Bibliotheksdienst bei Abschluss der Berufsausbildung als: <ul style="list-style-type: none"> <li>– Bibliotheksassistentinnen und Bibliotheksassistenten,</li> <li>– Fachangestellte für Medien- und Informationsdienste – Fachrichtung Bibliothek, Information und Dokumentation, Bildagentur –</li> </ul>	Mittlerer sprach- und kulturwissenschaftlicher Dienst
4	Nautischer Dienst	Mittlerer technischer Verwaltungsdienst

Tabelle 4

Entsprechungstabelle zu den Laufbahnen nach Anlage 5 der Bundeslaufbahnverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Juli 2002 (BGBl. I S. 2459, 2671), die zuletzt durch Artikel 15 Absatz 28 des Gesetzes vom 5. Februar 2009 (BGBl. I S. 160) geändert worden ist

	<b>Laufbahn nach der BLV 2002</b>	<b>Entsprechende Laufbahn</b>
	1	2
1	Einfacher Zolldienst des Bundes	Einfacher nichttechnischer Verwaltungsdienst
2	Einfacher nichttechnischer Dienst in der allgemeinen und inneren Verwaltung des Bundes	Einfacher nichttechnischer Verwaltungsdienst
3	Amtsgehilfendienst in der Bundeswehrverwaltung	Einfacher nichttechnischer Verwaltungsdienst
4	Einfacher Lagerverwaltungsdienst in der Bundeswehrverwaltung	Einfacher nichttechnischer Verwaltungsdienst
5	Einfacher technischer Dienst bei der Museumsstiftung Post und Telekommunikation	Einfacher technischer Verwaltungsdienst
6	Einfacher technischer Dienst bei der Bundesanstalt für Post und Telekommunikation Deutsche Bundespost	Einfacher technischer Verwaltungsdienst
7	Einfacher technischer Dienst bei der Unfallkasse Post und Telekom	Einfacher technischer Verwaltungsdienst
8	Einfacher technischer Dienst bei der Unfallversicherung Bund und Bahn	Einfacher technischer Verwaltungsdienst
9	Mittlerer Auswärtiger Dienst	Mittlerer Auswärtiger Dienst
10	Mittlerer Dienst im Bundesnachrichtendienst	Mittlerer nichttechnischer Verwaltungsdienst
11	Mittlerer nichttechnischer Dienst des Bundes in der Sozialversicherung	Mittlerer nichttechnischer Verwaltungsdienst
12	Mittlerer Forstdienst in der Bundesverwaltung	Bis 26. Januar 2017: Mittlerer agrar-, forst- und ernährungswissenschaftlicher Dienst  Seit 27. Januar 2017: Mittlerer agrar-, forst- und ernährungswissenschaftlicher sowie tierärztlicher Dienst
13	Mittlerer nautischer und maschinentechnischer Zolldienst des Bundes	Mittlerer technischer Verwaltungsdienst

	<b>Laufbahn nach der BLV 2002</b>	<b>Entsprechende Laufbahn</b>
	1	2
14	Mittlerer Zolldienst des Bundes	Mittlerer nichttechnischer Verwaltungsdienst
15	Mittlerer Steuerdienst des Bundes	Mittlerer nichttechnischer Verwaltungsdienst
16	Mittlerer Dienst an wissenschaftlichen Bibliotheken des Bundes	Mittlerer sprach- und kulturwissenschaftlicher Dienst
17	Mittlerer Dienst im Verfassungsschutz des Bundes	Mittlerer nichttechnischer Verwaltungsdienst
18	Mittlerer nichttechnischer Dienst in der allgemeinen und inneren Verwaltung des Bundes	Mittlerer nichttechnischer Verwaltungsdienst
19	Mittlerer nichttechnischer Dienst in der Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes	Mittlerer nichttechnischer Verwaltungsdienst
20	Mittlerer technischer Dienst in der Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes	Mittlerer technischer Verwaltungsdienst
21	Mittlerer Wetterdienst des Bundes	Mittlerer naturwissenschaftlicher Dienst
22	Mittlerer Dienst der Fernmelde- und Elektronischen Aufklärung des Bundes	Mittlerer nichttechnischer Verwaltungsdienst
23	Mittlerer feuerwehrtechnischer Dienst in der Bundeswehr	Mittlerer technischer Verwaltungsdienst
24	Mittlerer nichttechnischer Verwaltungsdienst in der Bundeswehrverwaltung	Mittlerer nichttechnischer Verwaltungsdienst
25	Mittlerer technischer Dienst in der Bundeswehrverwaltung – Fachrichtung Wehrtechnik –	Mittlerer technischer Verwaltungsdienst
26	Mittlerer technischer Dienst bei der Museumsstiftung Post und Telekommunikation	Mittlerer technischer Verwaltungsdienst
27	Mittlerer technischer Dienst bei der Bundesanstalt für Post und Telekommunikation Deutsche Bundespost	Mittlerer technischer Verwaltungsdienst
28	Mittlerer technischer Dienst bei der Unfallkasse Post und Telekom	Mittlerer technischer Verwaltungsdienst
29	Mittlerer technischer Dienst bei der Unfallversicherung Bund und Bahn	Mittlerer technischer Verwaltungsdienst
30	Gehobener Auswärtiger Dienst	Gehobener Auswärtiger Dienst
31	Gehobener nichttechnischer Dienst in der Bundesagentur für Arbeit	Gehobener nichttechnischer Verwaltungsdienst
32	Gehobener Dienst im Bundesnachrichtendienst	Gehobener nichttechnischer Verwaltungsdienst
33	Gehobener nichttechnischer Dienst des Bundes in der Sozialversicherung	Gehobener nichttechnischer Verwaltungsdienst
34	Gehobener Forstdienst des Bundes	Bis 26. Januar 2017: Gehobener agrar-, forst- und ernährungswissenschaftlicher Dienst  Seit 27. Januar 2017: Gehobener agrar-, forst- und ernährungswissenschaftlicher sowie tierärztlicher Dienst
35	Gehobener nichttechnischer Dienst der Bundesvermögensverwaltung	Gehobener nichttechnischer Verwaltungsdienst
36	Gehobener nichttechnischer Zolldienst des Bundes	Gehobener nichttechnischer Verwaltungsdienst
37	Gehobener Steuerdienst des Bundes	Gehobener nichttechnischer Verwaltungsdienst

	<b>Laufbahn nach der BLV 2002</b>	<b>Entsprechende Laufbahn</b>
	1	2
38	Gehobener Archivdienst des Bundes	Gehobener nichttechnischer Verwaltungsdienst
39	Gehobener Dienst im Verfassungsschutz des Bundes	Gehobener nichttechnischer Verwaltungsdienst
40	Gehobener nichttechnischer Dienst in der allgemeinen und inneren Verwaltung des Bundes	Gehobener nichttechnischer Verwaltungsdienst
41	Gehobener Schuldienst in der Bundespolizei	Gehobener sprach- und kulturwissenschaftlicher Dienst
42	Gehobener bautechnischer Verwaltungsdienst des Bundes	Gehobener technischer Verwaltungsdienst
43	Gehobener technischer Dienst – Fachrichtung Bahnwesen –	Gehobener technischer Verwaltungsdienst
44	Gehobener technischer Verwaltungsdienst in der Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes	Gehobener technischer Verwaltungsdienst
45	Gehobener Wetterdienst des Bundes	Gehobener naturwissenschaftlicher Dienst
46	Gehobener feuerwehrtechnischer Dienst in der Bundeswehr	Gehobener technischer Verwaltungsdienst
47	Gehobener Dienst der Fernmelde- und Elektronischen Aufklärung des Bundes	Gehobener nichttechnischer Verwaltungsdienst
48	Gehobener Fachschuldienst an Bundeswehrfachschulen	Gehobener sprach- und kulturwissenschaftlicher Dienst
49	Gehobener nichttechnischer Verwaltungsdienst in der Bundeswehrverwaltung	Gehobener nichttechnischer Verwaltungsdienst
50	Gehobener technischer Dienst in der Bundeswehrverwaltung – Fachrichtung Wehrtechnik –	Gehobener technischer Verwaltungsdienst
51	Gehobener technischer Dienst bei der Museumsstiftung Post und Telekommunikation	Gehobener technischer Verwaltungsdienst
52	Gehobener technischer Dienst bei der Bundesanstalt für Post und Telekommunikation Deutsche Bundespost	Gehobener technischer Verwaltungsdienst
53	Gehobener technischer Dienst bei der Unfallkasse Post und Telekom	Gehobener technischer Verwaltungsdienst
54	Gehobener technischer Dienst bei der Unfallversicherung Bund und Bahn	Gehobener technischer Verwaltungsdienst
55	Höherer Auswärtiger Dienst	Höherer Auswärtiger Dienst
56	Höherer nichttechnischer Dienst in der Bundesagentur für Arbeit	Höherer nichttechnischer Verwaltungsdienst
57	Höherer Dienst im Bundesnachrichtendienst	Höherer nichttechnischer Verwaltungsdienst
58	Höherer Forstdienst des Bundes	Bis 26. Januar 2017: Höherer agrar-, forst- und ernährungswissenschaftlicher Dienst  Seit 27. Januar 2017: Höherer agrar-, forst- und ernährungswissenschaftlicher sowie tierärztlicher Dienst
59	Höherer Zolldienst des Bundes	Höherer nichttechnischer Verwaltungsdienst
60	Höherer allgemeiner Verwaltungsdienst des Bundes	Höherer nichttechnischer Verwaltungsdienst
61	Höherer Archivdienst des Bundes	Höherer nichttechnischer Verwaltungsdienst

	<b>Laufbahn nach der BLV 2002</b>	<b>Entsprechende Laufbahn</b>
	1	2
62	Höherer Dienst an wissenschaftlichen Bibliotheken des Bundes	Höherer sprach- und kulturwissenschaftlicher Dienst
63	Höherer Dienst im Verfassungsschutz des Bundes	Höherer nichttechnischer Verwaltungsdienst
64	Höherer Schuldienst in der Bundespolizei	Höherer sprach- und kulturwissenschaftlicher Dienst
65	Höherer technischer Verwaltungsdienst des Bundes	Höherer technischer Verwaltungsdienst
66	Höherer Fachschuldienst an Bundeswehrfachschulen	Höherer sprach- und kulturwissenschaftlicher Dienst
67	Höherer technischer Dienst in der Bundeswehrverwaltung – Fachrichtung Wehrtechnik –	Höherer technischer Verwaltungsdienst
68	Höherer technischer Dienst bei der Museumsstiftung Post und Telekommunikation	Höherer technischer Verwaltungsdienst
69	Höherer technischer Dienst bei der Bundesanstalt für Post und Telekommunikation Deutsche Bundespost	Höherer technischer Verwaltungsdienst
70	Höherer technischer Dienst bei der Unfallkasse Post und Telekom	Höherer technischer Verwaltungsdienst
71	Höherer technischer Dienst bei der Unfallversicherung Bund und Bahn	Höherer technischer Verwaltungsdienst



## **Begründung**

### **A. Allgemeiner Teil**

#### **I. Zielsetzung und Notwendigkeit der Regelungen**

Die Bundeslaufbahnverordnung (BLV) bedarf in einigen Punkten der Änderung oder Ergänzung.

Bewerberinnen und Bewerber, die Studien- und Prüfungsleistungen erbracht haben, aber das Studium noch nicht abgeschlossen haben, sollen unter bestimmten Voraussetzungen und unter Anrechnung der bisher erbrachten Leistungen in einen Vorbereitungsdienst eingestellt werden können.

Für als Bachelorstudiengänge ausgestaltete Vorbereitungsdienste, die nur aus Pflichtmodulen bestehen, soll wie schon für Bachelorstudiengänge, die aus Pflicht- und Wahlmodulen bestehen, eine Regelung zur zweiten Wiederholung einer Modulprüfung geschaffen werden.

Zunehmend bewerben sich für eine Einstellung ins Beamtenverhältnis Personen, die einen Masterstudiengang mit einer Regelstudienzeit abgeschlossen haben, die unter zwei Jahren liegt. Die Einstellungsbehörden haben ein Interesse daran, entsprechende Bewerbungen nicht auszuschließen. Daher sollen für solche Fälle die Voraussetzungen für den Zugang zu Laufbahnen des höheren Dienstes geregelt werden.

Derzeit ist nicht ausreichend klar geregelt, ob die für die Anerkennung der Laufbahnbefähigung zuständige Behörde ein Ermessen hat, bestimmte Tätigkeiten bei der Anerkennung der Laufbahnbefähigung ausschließen zu können. Außerdem fehlt es an einer ausdrücklichen Regelung zur Berücksichtigung von Elternzeit. Hierzu werden nunmehr konkrete Vorgaben aufgenommen.

Darüber hinaus ist nicht geregelt, ob Elternzeit zur Verlängerung der Zeit führt, die nach § 24 Absatz 2 BLV Voraussetzung für die Übertragung eines Amtes der höheren Laufbahn sind. Auch hier sollen konkrete Vorgaben aufgenommen werden.

Das Verbot der Anrechnung von Zeiten hauptberuflicher Tätigkeit, die zur Erfüllung des individuellen fiktiven Werdegangs für die Einstellung in einem Beförderungsamte herangezogen werden, auf die Probezeit, soll entfallen.

Außerdem besteht bei der Laufbahnbefähigungsanerkennungsverordnung (LBAV) und der Postlaufbahnverordnung (PostLV) geringfügiger Änderungsbedarf.

Die Mutterschutz- und Elternzeitverordnung (MuSchEltZV) sowie die Erholungsurlaubsverordnung (EUrlV) sind an Änderungen des Mutterschutzgesetzes (MuSchG) sowie des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes (BEEG) anzupassen.

Die Nummer 6a in § 21 Absatz 1 der Sonderurlaubsverordnung (SUrlV) trägt der Einfügung des § 9 des Pflegezeitgesetzes (PflegeZG) durch Artikel 10 des Krankenhauszukunftsgesetzes vom 23. Oktober 2020 sowie den Änderungen dieser Vorschrift durch Artikel 4c des Gesundheitsversorgungs- und Pflegeverbesserungsgesetzes vom 22. Dezember 2020 und Artikel 5 des Gesetzes zur Fortgeltung der die epidemische Lage von nationaler Tragweite betreffenden Regelungen vom 29. März 2021 Rechnung. Durch Artikel 3 des Kitafinanzhil-

fenänderungsgesetzes vom ... [BT-Drs. 19/29765] wird sichergestellt, dass die bestehenden Sonderregelungen aus Anlass der COVID-19-Pandemie bis zum 31. Dezember 2021 hinaus gelten. Die SUrlV soll an diese Sonderregelung angepasst werden.

## **II. Wesentlicher Inhalt des Entwurfs**

Im Wesentlichen werden folgende Änderungen vorgenommen:

Für Bewerberinnen und Bewerber, die Studien- und Prüfungsleistungen erbracht haben, aber das Studium noch nicht abgeschlossen haben, wird die Möglichkeit der Absolvierung eines verkürzten Vorbereitungsdienstes geschaffen.

Die BLV wird um eine Regelung zur zweiten Wiederholung einer Modulprüfung in einem Vorbereitungsdienst, der als Bachelorstudiengang ausgestaltet ist und nur aus Pflichtmodulen besteht, ergänzt.

Für die Absolventinnen und Absolventen von Masterstudiengängen, die einen Masterstudiengang mit einer Regelstudienzeit abgeschlossen haben, die unter zwei Jahren liegt, wird eine Regelung zur Zulassung zu Laufbahnen des höheren Dienstes geschaffen.

Es wird geregelt, dass die für die Anerkennung der Laufbahnbefähigung zuständigen Behörden kein Ermessen haben, hauptberufliche Tätigkeiten, die nach Fachrichtung und Schwierigkeit der Tätigkeit einer Beamtin oder eines Beamten der angestrebten Laufbahn entsprechen, als generell nicht berücksichtigungsfähig ausschließen zu können. Ferner wird klargestellt, dass Elternzeit, die während einer hauptberuflichen Tätigkeit genommen wurde, als hauptberufliche Tätigkeit gilt.

Außerdem wird geregelt, dass Elternzeit im Regelfall nicht zur Verlängerung der Zeiten führt, die nach § 24 BLV (Zulassung zur höheren Laufbahn bei Besitz einer Berufsausbildung oder einer Hochschulausbildung) Voraussetzung für die Übertragung eines Amtes der höheren Laufbahn sind. Nur wenn weniger als ein Jahr tatsächlich Dienst geleistet wurde, soll es zu einer Verlängerung kommen.

Derzeit können Zeiten hauptberuflicher Tätigkeit, die zur Erfüllung des individuellen fiktiven Werdegangs für die Einstellung in einem Beförderungsamte herangezogen worden waren, nicht auf die Probezeit angerechnet werden. Dieses Verbot entfällt.

In der LBAV werden die Vorschriften zum Geltungsbereich und zum Regelungsgegenstand ohne inhaltliche Änderung neu gegliedert sowie sprachliche Änderungen vorgenommen.

Darüber hinaus wird die PostLV geringfügig geändert.

Die MuSchEltZV sowie die EUrlV werden an Änderungen des MuSchG sowie des BEEG angepasst.

Schließlich erfolgt mit der Änderung der SUrlV eine Anpassung an § 2 in Verbindung mit § 9 PflegeZG. Angesichts der nach wie vor dynamischen Lage im Hinblick auf die Verbreitung vor allem der Mutationen des Coronavirus SARS-CoV-2 und der hierdurch verursachten Krankheit COVID-19 ist es notwendig, die am 30. Juni 2021 außer Kraft tretende Sonderurlaubsregelung für Beamtinnen und Beamte sowie Richterinnen und Richter, die Angehörige pflegen, mit Rückwirkung vom 1. Juli 2021 wieder einzufügen und nunmehr bis zum 31. Dezember 2021 zu verlängern.

### **III. Alternativen**

Keine.

### **IV. Regelungskompetenz**

Zum Erlass der Regelungen in Artikel 1 der Verordnung ist die Bundesregierung auf Grund von § 8 Absatz 1 Satz 3, § 11 Absatz 1 Satz 5, § 17 Absatz 7, § 20 Satz 2, § 21 Absatz 2, § 22a Absatz 2 und § 26 Absatz 1 und 2 des Bundesbeamtengesetzes (BBG) ermächtigt.

Für die Regelungen in Artikel 2 der Verordnung ermächtigen

- § 3 Absatz 2 Satz 1 des Bundespolizeibeamtengesetzes die Bundesregierung (Absatz 1) sowie
- § 26 Absatz 2 BBG in Verbindung mit § 10 und Anlage 2 Nummer 2 und 15 BLV des Bundeskanzleramt sowie das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (Absatz 2 und 3).

Artikel 3 beruht auf § 18 Absatz 4 BBG, der das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat zum Erlass dieser Regelungen ermächtigt.

Artikel 4 der Verordnung beruht auf § 3 Absatz 3 Satz 1 Nummer 1 des Postpersonalrechtsgesetzes, der das Bundesministerium der Finanzen nach Anhörung der Vorstände der Deutschen Post AG, der Deutschen Bank AG und der Deutschen Telekom AG im Einvernehmen mit dem Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat zum Erlass dieser Regelungen ermächtigt.

Für die Regelung in Artikel 5 ist die Bundesregierung auf Grund § 79 Absatz 2 Satz 1 BBG ermächtigt.

Artikel 6 beruht auf § 89 Satz 2 BBG.

Die Artikel 7 und 8 beruhen auf § 90 Absatz 1 BBG.

### **V. Vereinbarkeit mit dem Recht der Europäischen Union und völkerrechtlichen Verträgen**

Der Entwurf ist mit dem Recht der Europäischen Union und dem Völkerrecht vereinbar.

### **VI. Regelungsfolgen**

#### **1. Rechts- und Verwaltungsvereinfachung**

Die geltenden Vorschriften werden unter Berücksichtigung der aktuellen Rechtsprechung für den Vollzug klarer und einfacher gefasst, was zu einer besseren Verständlichkeit und Anwendbarkeit für die Rechtsanwender führen wird. Durch transparentere, klarere und vollzugstauglichere Vorschriften im Bereich des Laufbahnrechts wird zugleich die Rechtssicherheit erhöht, was sowohl für die Dienstbehörden als auch für die betroffenen Beschäftigten sowie Bewerberinnen und Bewerber von Vorteil ist.

In der LBAV wird eine irreführende Formulierung entfernt und es werden weitere sprachliche Verbesserungen vorgenommen.

## **2. Nachhaltigkeitsaspekte**

Das Vorhaben hat keine Auswirkungen auf die Ziele und Indikatoren der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie.

## **3. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand**

Keine.

## **4. Erfüllungsaufwand**

### **a) Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger**

Für Bürgerinnen und Bürger entsteht kein Erfüllungsaufwand.

### **b) Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft**

Für die Wirtschaft entsteht kein Erfüllungsaufwand.

### **c) Erfüllungsaufwand der Verwaltung**

Bund

Durch die Umstellung auf die neue Rechtslage ergibt sich ein marginaler Mehraufwand. Dieser kann im Rahmen der vorhandenen Mittel und des vorhandenen Personals abgedeckt werden.

Es ist mit einer vorübergehend erhöhten Zahl von Sonderurlaubsanträgen zu rechnen, was einen erhöhten Erfüllungsaufwand für die Verwaltung darstellt. Dadurch wird aber kein zusätzlicher Personalaufwand entstehen. Die absolute Zahl der je Ressort zu bearbeitenden Urlaubsanträge wird sich nur moderat erhöhen, so dass die Antragsbearbeitung und die Abwicklung mit den bereits vorhandenen Ressourcen bewältigt werden kann.

Länder und Kommunen

Da die Verordnung nur für Laufbahnen des Bundes gilt, ergibt sich für Länder und Kommunen kein Erfüllungsaufwand.

## **5. Weitere Kosten**

Die Wirtschaft, insbesondere die mittelständische Wirtschaft, ist von den Regelungen nicht betroffen. Auswirkungen auf Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten.

## **6. Weitere Regelungsfolgen**

Die Regelungen haben keine Auswirkungen auf die Verbraucherinnen und Verbraucher.

Frauen und Männer sind in gleicher Weise betroffen. Eine mittelbare geschlechterbezogene Benachteiligung liegt nicht vor.

## **VII. Befristung; Evaluierung**

Die Verordnung kann nicht befristet werden. Eine förmliche Evaluation ist nicht vorgesehen.

## **B. Besonderer Teil**

### **Zu Artikel 1 (Änderung der Bundeslaufbahnverordnung)**

#### **Zu Nummer 1**

Folgeänderungen zu Nummer 2 (Neufassung des § 3), Nummer 8 (Einfügung des neuen § 11a), Nummer 18 (Neufassung des § 25), Nummer 24 (Änderung des § 35) sowie Nummer 28 (Änderung des § 39).

#### **Zu Nummer 2**

Der derzeitige § 3 wird aufgehoben und durch eine Regelung zum Mutterschutz ersetzt.

Die derzeitige Regelung zum Leistungsgrundsatz ist eine rein deklaratorische Wiederholung von höherrangigem Recht (Artikel 33 Absatz 2 GG, § 9 Satz 1, § 22 Absatz 1 Satz 1 BBG, § 9 des Bundesgleichstellungsgesetzes).

Mit der Neuregelung wird das in § 25 BBG enthaltene Benachteiligungsverbot für den Bereich Mutterschutz an einer Stelle konkretisiert. Die Regelung hat klarstellende Wirkung, da bereits bislang Zeiten des Mutterschutzes als Dienstzeit behandelt wurden (vgl. etwa Nummer 4 zu §§ 28 bis 31 BLV der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Bundeslaufbahnverordnung [BLVVwV]). Durch die Regelung wird sichergestellt, dass zukünftig einheitlich Zeiten des Mutterschutzes z. B. im Rahmen der Anerkennung der Laufbahnbefähigung nach §§ 18 ff., bei der Zulassung zu einer höheren Laufbahn nach § 24, bei der Ausnahme für besonders leistungsstarke Beamtinnen und Beamte nach § 27 oder beim Aufstieg nach § 36 berücksichtigt werden. Die Regelung umfasst Zeiten des Mutterschutzes, die in eine hauptberufliche Tätigkeit oder eine Dienstzeit eingebettet sind, nicht aber sämtliche Mutterschutzzeiten des Lebens.

Satz 2 regelt, dass § 15 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2, wonach ein Vorbereitungsdienst wegen einer Unterbrechung durch Mutterschutz im Einzelfall verlängert werden kann, auch weiterhin gilt.

#### **Zu Nummer 3**

##### **Zu Buchstabe a**

Die Regelung ist überflüssig, da sich der Regelungsgehalt bereits aus höherrangigem Recht ergibt. Sie wird daher aufgehoben.

##### **Zu Buchstabe b**

Redaktionelle Änderung.

#### **Zu Nummer 4**

Aus Klarstellungsgründen wird das Wortes „Auswahlverfahren“ eingefügt. So wird etwa in § 10a und auch in zahlreichen Vorbereitungsdienstverordnungen der Nachteilsausgleich auf Auswahlverfahren und Prüfungsverfahren bezogen.

#### **Zu Nummer 5**

Die Regelung wird ohne inhaltliche Änderung zur geltenden Regelung sprachlich angepasst.

## **Zu Nummer 6**

Um die Attraktivität eines Vorbereitungsdienstes für den mittleren Dienst zu stärken und die Gleichwertigkeit eines Vorbereitungsdienstes für den mittleren Dienst mit einer Berufsausbildung hervorzuheben, wird die Möglichkeit der Einführung einer Berufsbezeichnung geregelt.

## **Zu Nummer 7**

### **Zu Buchstabe a**

Bestimmte Abschnitte des Auswahlverfahrens für die Einstellung in den Vorbereitungsdienst können durch Informationstechnologie unterstützt werden. Der neue Absatz 5 Satz 4 regelt die Dokumentationspflicht in diesen Fällen. Er entspricht inhaltlich der in der BLVVwV zu § 10a BLV enthaltenen Dokumentationspflicht. Danach ist sicherzustellen, dass die mit IT-Unterstützung durchgeführten Abschnitte des Auswahlverfahrens ebenso dokumentiert werden wie die ohne IT-Unterstützung durchgeführten Abschnitte des Auswahlverfahrens.

### **Zu Buchstabe b**

Es handelt sich um eine Regelung, die befristet im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie aufgenommen wird. Um die weitere Verbreitung des Coronavirus zu verhindern oder zumindest zu verlangsamen, sind Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung erforderlich, die auch Auswirkungen auf die Auswahlverfahren für die Einstellung in Vorbereitungsdienste des Bundes haben. Vorgaben zur Kontaktbeschränkung und zum Abstandhalten können dazu führen, dass eine Anreise zu Auswahlverfahren nicht möglich ist und/oder ein Auswahlverfahren mit vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern an einem bestimmten Ort nicht durchgeführt werden kann. Eine Aufteilung des Auswahlverfahrens auf mehr Tage und mehr Orte als vor der COVID-19-Pandemie üblich würde den personellen, zeitlichen und organisatorischen Aufwand enorm erhöhen und wird deshalb nicht immer in Betracht kommen. Daher ist es notwendig, eine Möglichkeit der Durchführung des mündlichen Teils des Auswahlverfahrens unter Nutzung von Videokonferenztechnik zu eröffnen. Die Teilnahme an einem mündlichen Auswahlverfahren, das unter Nutzung von Videokonferenztechnik durchgeführt ist, bedeutet zwar insofern eine Erleichterung für die Bewerberinnen und Bewerber, als sie nicht anreisen müssen. Die Situation im Verfahren selbst dürfte sich aber für die Bewerberinnen und Bewerber beschwerlicher darstellen als eine Teilnahme vor Ort in einem Raum mit der Auswahlkommission. Z. B. können technische Probleme auftreten, Beiträge verzögert übermittelt werden oder die Akustik beeinträchtigt sein. Dies kann sich auf die Bewerberinnen und Bewerber, die sich ohnehin in einer angespannten Prüfungssituation befinden, belastend auswirken und ihre Leistungsfähigkeit schwächen. Daher ist Durchführung des mündlichen Teils des Auswahlverfahrens nur zulässig, wenn dies wegen der zur Bewältigung der COVID-19-Pandemie getroffenen Maßnahmen geboten ist.

### **Zu Buchstabe c**

Redaktionelle Änderung.

### **Zu Buchstabe d**

Anpassung der Verweisung an die Neufassung des § 26 BBG durch das Gesetz vom ... (BGBl. I S. ...).

## **Zu Nummer 8**

Die Regelung des § 17 Absatz 2 Nummer 2 Buchstabe a BBG zur Ableistung eines Vorbereitungsdienstes als sonstige Voraussetzung i. S. des § 17 Absatz 2 BBG für die Zulassung

zu Laufbahnen des einfachen Dienstes soll in der BLV durch eine Vorschrift zur Mindestdauer von Vorbereitungsdiensten des einfachen Dienstes flankiert werden.

#### **Zu Nummer 9**

Die Vorbereitungsdienste für Laufbahnen des gehobenen Dienstes des Bundes werden an der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung oder an anderen Hochschulen durchgeführt. Daher soll in der Vorschrift nunmehr vereinfacht geregelt werden, dass Vorbereitungsdienste für den gehobenen Dienst an einer Hochschule durchgeführt werden.

#### **Zu Nummer 10**

§ 16 wird neu gegliedert und inhaltlich ergänzt.

#### **Zu Absatz 1**

Absatz 1 entspricht dem geltenden Absatz 1 Satz 1.

#### **Zu Absatz 2**

Absatz 2 soll die Gestaltungsmöglichkeiten bei der Gewinnung des Laufbahnnachwuchses für Vorbereitungsdienste erweitern. Beispielsweise gibt es Einstellungsbehörden, die Bewerberinnen und Bewerbern aus der Privatwirtschaft anbieten möchten, zunächst einen Teil des Studiums, welches den Vorbereitungsdienst bildet, nebenberuflich zu absolvieren. Bei Interesse an einem Einstieg in die Bundesverwaltung sollen die bereits erbrachten Studien- und Prüfungsleistungen auf den Vorbereitungsdienst angerechnet werden können. Für jeden Studienabschnitt, der berücksichtigt werden soll, sind bestandene Prüfungen nachzuweisen. Eine Verkürzung des Vorbereitungsdienstes ist aus Gründen einer geordneten Studienorganisation ausschließlich dann möglich, wenn Studien- und Prüfungsleistungen absolviert worden sind, die einer Studien- oder Prüfungsleistung nach einem vollständigen Studienabschnitt des Vorbereitungsdienstes gleichwertig sind.

Satz 2 ermöglicht es, in Vorbereitungsdienstverordnungen z. B. im Einklang mit Vorgaben des Akkreditierungsrats sowie der Hochschulrektorenkonferenz die Anrechnung erbrachter Studien- und Prüfungsleistungen zu regeln.

#### **Zu Absatz 3 bis Absatz 5**

Der derzeitige § 16 Absatz 1 Satz 2 bis 4 wird in die Absätze 3 bis 5 überführt. Der Verweis auf den derzeitigen § 16 Absatz 2 Satz 3 wird aufgelöst. Inhaltliche Änderungen ergeben sich nicht.

#### **Zu Absatz 6**

Bei Absatz 6 handelt sich um eine Folgeänderung zu den Änderungen in den Absätzen 1 bis 5. Darüber hinaus wird die Regelung redaktionell an § 26 BBG angepasst.

#### **Zu Nummer 11**

Die Vorschrift enthält derzeit nur eine Regelung zur zweiten Wiederholung von Modulprüfungen in als Bachelorstudiengängen ausgestalteten Vorbereitungsdiensten, die aus Pflicht- und Wahlmodulen bestehen. Da es auch als Bachelorstudiengänge ausgestaltete Vorbereitungsdienste gibt, die nur aus Pflichtmodulen bestehen, wird die Vorschrift so erweitert, dass sie alle als Bachelorstudiengänge ausgestaltete Vorbereitungsdienste erfasst. In Vorbereitungsdiensten, die nicht als Bachelorstudiengänge durchgeführt werden, bleibt es bei der bisherigen Regelung. Darüber hinaus wird die Vorschrift, um sie verständlicher zu machen, tiefer untergliedert.

## **Zu Nummer 12**

Die geltende Fassung bestimmt ausdrücklich, dass die Berufsausbildung geeignet sein muss, die Befähigung für die angestrebte Laufbahn zu vermitteln. Dies ergibt sich jedoch schon aus § 17 Absatz 6 BBG und kann daher hier entfallen.

## **Zu Nummer 13**

### **Zu Buchstabe a**

Die geltende Fassung bestimmt ausdrücklich, dass die Berufsausbildung sowie die hauptberufliche Tätigkeit geeignet sein müssen, die Befähigung für die angestrebte Laufbahn zu vermitteln. Dies ergibt sich jedoch schon aus § 17 Absatz 6 BBG und kann daher hier entfallen.

### **Zu Buchstabe b**

Derzeit ist nicht ausreichend klar geregelt, ob die für die Anerkennung der Laufbahnbefähigung zuständige Behörde ein Ermessen hat, bei der Anerkennungsentscheidung hauptberufliche Tätigkeiten nicht zu berücksichtigen, obwohl sie nach Fachrichtung und Schwierigkeit der Tätigkeit einer Beamtin oder eines Beamten der angestrebten Laufbahn entsprechen und damit die Anforderungen des § 19 Absatz 3 Satz 1 BLV erfüllen. Aus dem neuen Satz 2 des Absatzes 3 geht nunmehr eindeutig hervor, dass ein solches Ermessen nicht besteht. Damit kann eine Behörde die Berücksichtigung einer hauptberuflichen Tätigkeit bei der Anerkennung einer Laufbahnbefähigung nicht mit der Begründung ablehnen, dass sie hauptberufliche Tätigkeiten unabhängig davon, ob sie die Anforderungen des § 19 Absatz 3 Satz 1 BLV erfüllen, im Rahmen ihrer Ermessensausübung generell nicht berücksichtigt.

Der neue Absatz 3 Satz 3 dient der Klarstellung, dass bei hauptberuflichen Tätigkeiten, die im öffentlichen Dienst ausgeübt wurden, zur Bewertung der Schwierigkeit der Tätigkeit die besoldungsrechtliche Bewertung bzw. die tarifrechtliche Bewertung maßgeblich ist.

### **Zu Buchstabe c**

Im neuen Absatz 5 wird geregelt, dass Elternzeit laufbahnrechtlich als hauptberufliche Tätigkeit gilt. Voraussetzung ist nach Satz 1, dass die Elternzeit nach Ausübung einer nach § 19 Absatz 3 berücksichtigungsfähigen hauptberuflichen Tätigkeit genommen wurde. Es handelt sich um eine Konkretisierung des § 25 Satz 1 BBG. Dabei werden sechs Monate der Mindestdauer der tatsächlichen Ausübung der hauptberuflichen Tätigkeit als ausreichende Tatsachengrundlage für die Anerkennung der Laufbahnbefähigung betrachtet. Dieser Zeitraum ist auch deshalb ausreichend, weil im Anschluss an die Anerkennung der Laufbahnbefähigung, wenn nicht die besonderen Voraussetzungen des § 31 Absatz 3 vorliegen, zunächst eine Einstellung in das Beamtenverhältnis auf Probe mit der entsprechenden umfassenden Prüfung der Eignung und Bewährung erfolgt.

Absatz 5 Satz 2 wird nach der praktischen Erfahrung vor allem seltene Fälle betreffen, in denen Personen während einer Tarifbeschäftigung im öffentlichen Dienst einen Bildungsabschluss erwerben, der den Zugang zu einer Laufbahn eröffnet, die im Vergleich mit der bisherigen tariflichen Einstufung höher ist. Wenn diese Personen kurz nach der Höherstufung in Elternzeit gehen, gilt im Fall der Verbeamtung: Da hier bereits eine Zugehörigkeit zum öffentlichen Dienst vorliegt und außerdem durch die besoldungsrechtliche oder tarifrechtliche Bewertung der ausgeübten Tätigkeit eine deutlich leichter als Tatsachengrundlage handhabbare Unterlage vorliegt als bei Tätigkeiten außerhalb des öffentlichen Dienstes, ist in diesen Fällen eine kürzere als eine sechsmonatige Ausübung der berücksichtigungsfähigen Tätigkeit vorgesehen. Eine Mindestdauer ist nicht vorgesehen.

Die Regelung hat keine Auswirkung auf das Beamtenversorgungsrecht.



## **Zu Nummer 14**

In Absatz 1 werden ebenfalls die in den §§ 18, 19 und 21 vorgenommenen Änderungen vorgenommen. Zwar liegen keine Erkenntnisse über kürzere als dreijährige Bachelorstudiengänge vor. Von Bewerbungen für Dienstposten des gehobenen Dienstes sind aber auch Masterabsolventinnen und -absolventen nicht ausgeschlossen. Weil es auf Grund bestimmter landeshochschulrechtlicher Regelungen z. B. möglich ist, mit deutlich weniger als drei Jahren Studium einen Hochschulabschluss zu erreichen (z. B. durch Zulassung zu einem einjährigen Masterstudium auf Grund von Berufserfahrung und Eignungsprüfung) und ein einjähriges Studium nicht ausreichend für eine Tätigkeit in Laufbahnen des gehobenen Dienstes vorbereitet, ist außerdem eine Klarstellung erforderlich, dass dem in § 20 geforderten Hochschulabschluss ein dreijähriges Studium vorausgegangen sein muss.

Die in Absatz 2 aufgeführten Vorbereitungsdienste vermitteln nach den jeweiligen Verordnungen nach § 10 Absatz 1 BLV die Befähigung für die Laufbahn des gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienstes. Sie enthalten jedoch in einem Umfang auch technische Inhalte, dass sie jeweils zusätzlich die Befähigung für die Laufbahn des gehobenen technischen Verwaltungsdienstes vermitteln. Die Regelung dient der Flexibilisierung bei der Personalgewinnung und beim Personaleinsatz z. B. in Bereichen wie Verwaltungsinformatik und IT-Management. Die Einstellungsbehörden erhalten damit die Möglichkeit, die Absolventinnen und Absolventen der aufgeführten Vorbereitungsdienste je nach Bedarf entweder in die Laufbahn des gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienstes oder in die Laufbahn des gehobenen technischen Verwaltungsdienstes einzustellen.

## **Zu Nummer 15**

In der überarbeiteten Regelung (Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 Buchstabe a und b) wird klargestellt, dass ein mit einem Master abgeschlossenes Hochschulstudium nur dann den Zugang zu Laufbahnen des höheren Dienstes eröffnet, wenn auch ein erster berufsbefähigender Hochschulabschluss vorliegt. Dies wird u. a. damit begründet, dass für den Zugang zum höheren Dienst ein längeres Studium erforderlich sein muss als für den gehobenen Dienst, wo ein Bachelor mit einer dreijährigen Regelstudiendauer gefordert ist. Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 Buchstabe c erfasst Hochschulabschlüsse, die einem Master gleichwertig sind, Universitätsdiplom, Magister und erstes Staatsexamen. Weil diese außerhalb des Bologna-Systems stehen, werden sie ohne einen darunterliegenden ersten berufsbefähigenden Hochschulabschluss erworben, so dass anders als in den Buchstaben a und b ein erster berufsbefähigender Hochschulabschluss nicht zu fordern ist.

Ferner bewerben sich zunehmend für eine Einstellung ins Beamtenverhältnis auch Personen, die nach einem Bachelor- oder einem gleichwertigen Hochschulstudium einen Masterstudiengang mit einer kürzeren als einer zweijährigen Regelstudienzeit abgeschlossen haben oder mit ihrem Masterstudium weniger als 120 Leistungspunkte erworben haben. Da bei einigen Einstellungsbehörden ein Interesse an der Einstellung auch dieser Masterabsolventinnen und -absolventen besteht, wird der Zugang zu Laufbahnen des höheren Dienstes geregelt (Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 und 3). In diesem Rahmen wird festgelegt, dass die Betroffenen in dem Umfang eine längere hauptberufliche Tätigkeit zu erbringen haben, in dem ihr Bachelor- und Masterstudium kürzer als fünf Jahre gedauert hat oder sie mit Bachelor und Master weniger als 300 Leistungspunkte erworben haben.

Es bleibt bei einer hauptberuflichen Tätigkeit von zwei Jahren und sechs Monaten, wenn zwar die Regelstudiendauer des Masterstudiengangs kürzer gewesen ist (oder weniger als 120 Leistungspunkte erworben worden sind), aber dafür die Regelstudiendauer des Bachelor- und des Masterstudiengangs zusammen fünf Jahre betragen hat (oder insgesamt 300 Leistungspunkte erworben worden sind). Dann liegt ein Fall des Absatzes 1 Satz 2 Nummer 1 Buchstabe a vor.

Die Einstellungsbehörden entscheiden selbst darüber, ob sie Ausschreibungen für Dienstposten des höheren Dienstes für Absolventinnen und Absolventen öffnen, deren Master mit weniger als 300 Leistungspunkten erworben wurde.

Darüber hinaus wird derzeit ausdrücklich bestimmt, dass der Master sowie die hauptberufliche Tätigkeit geeignet sein müssen, die Befähigung für die angestrebte Laufbahn zu vermitteln. Dies ergibt sich schon aus § 17 Absatz 6 BBG und kann daher hier entfallen.

#### **Zu Nummer 16**

##### **Zu Buchstabe a**

Mit der Vorschrift wird die Möglichkeit geregelt, Personen, die eine für Beamtinnen und Beamte als Aufstiegsverfahren des Bundes eingerichtete Qualifizierung absolviert haben, in eine Laufbahn des gehobenen oder höheren Dienstes einzustellen, ohne dass diese zusätzlich eine hauptberufliche Tätigkeit erbringen müssen. Dies betrifft z. B. Tarifbeschäftigte, die den Studiengang „Master of Public Administration“ der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung sowie eine berufspraktische Einführung von einem Jahr absolviert haben. Ohne die Regelung müssten die betroffenen Tarifbeschäftigten im Fall der Verbeamtung für den Erwerb der Laufbahnbefähigung noch eine hauptberufliche Tätigkeit von zwei Jahren und sechs Monaten ableisten, während die Aufstiegsbeamtinnen und Aufstiegsbeamten mit dem Abschluss des Aufstiegsverfahrens die Laufbahnbefähigung erlangen.

##### **Zu Buchstabe b**

Folgeänderung zu Buchstabe a.

##### **Zu Buchstabe c**

Für den Erwerb einer Lizenz für Berufspilotinnen oder -piloten nach der Verordnung (EU) Nr. 1178/2011 der Kommission vom 3. November 2011 zur Festlegung technischer Vorschriften und von Verwaltungsverfahren in Bezug auf das fliegende Personal in der Zivilluftfahrt gemäß der Verordnung (EG) Nr. 216/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 311 vom 25.11.2011, S. 1) ist kein Bildungsabschluss im Sinne des § 17 Absatz 4 Nummer 1 BBG erforderlich. Daher ist die Ausnahmeregelung entsprechend anzupassen. Im Übrigen Folgeänderung zu Buchstabe a.

##### **Zu Buchstabe d**

Der neue Satz 3 dient der Klarstellung, dass bei hauptberuflichen Tätigkeiten, die im öffentlichen Dienst ausgeübt wurden, zur Bewertung der Schwierigkeit der Tätigkeit die besoldungsrechtliche Bewertung bzw. die tarifrechtliche Bewertung maßgeblich ist. Im Übrigen Folgeänderung zu Buchstabe a.

##### **Zu Buchstabe e**

Folgeänderung zu Buchstabe a.

##### **Zu Buchstabe f**

Folgeänderung zu Buchstabe a und redaktionelle Anpassung.

##### **Zu Buchstabe g**

Folgeänderung zu Buchstabe a.

## Zu Buchstabe h

Mit Inkrafttreten der BLVVwV vom 1. Dezember 2017 (GMBI S. 986) sind Pädagogikstudiengänge nicht mehr dem sprach- und kulturwissenschaftlichen Dienst, sondern dem nicht-technischen Dienst zugeordnet. Ferner lehren an den Bundeswehrfachschulen auch Personen, die Studiengänge absolviert haben, die anderen Laufbahnen als dem nichttechnischen Verwaltungsdienst oder dem sprach- und kulturwissenschaftlichen Dienst zuzuordnen sind.

## Zu Nummer 17

Der neue Satz 2 dient der Konkretisierung des § 25 Satz 1 BBG. Er stellt klar, dass Elternzeit im Regelfall nicht zur Verlängerung der Zeiten führt, die nach § 24 Absatz 2 Voraussetzung für die Übertragung eines Amtes der höheren Laufbahn sind. Dies sind bei dem in der Praxis häufig vorkommenden Fall, dass für die Übertragung eines Amtes einer Laufbahn des höheren Dienstes eine hauptberufliche Tätigkeit und eine Bewährungszeit zu leisten war, insgesamt drei Jahre. Nur wenn weniger als ein Jahr tatsächlich Dienst geleistet wurde, kommt es zu einer Verlängerung (neuer Satz 3). Mit dieser Regelung ist sichergestellt, dass Elternzeit in größtmöglichem Umfang berücksichtigt wird. Gleichzeitig wird gewährleistet, dass vor Übertragung eines Amtes der höheren Laufbahn eine ausreichende Tatsachengrundlage sowohl für den Erwerb der Laufbahnbefähigung als auch für die Beurteilung der Bewährung in der höheren Laufbahn vorhanden ist.

## Zu Nummer 18

Die geltende Regelung enthält nur grundlegende Vorgaben. Weitere ebenfalls wichtige Vorgaben waren nur in verwaltungsinternen Vorschriften gemacht worden, z. B. zur Länge des Zeitraums, für den dem angestrebten Amt entsprechende Tätigkeiten nachzuweisen sind sowie zur Berechnung des individuellen fiktiven Werdegangs. Die Vorgaben aus den verwaltungsinternen Vorschriften werden nunmehr in § 25 überführt.

Zur Veranschaulichung der Berechnung des fiktiven Werdegangs soll die folgende Tabelle dienen:

Fiktiver Werdegang <sup>1</sup>	eD	mD	gD	hD
Erwerb der Laufbahnbefähigung <sup>2</sup>		1 Jahr und 6 Monate	1 Jahr und 6 Monate	2 Jahre und 6 Monate
Abschluss der Probezeit	3 Jahre	3 Jahre	3 Jahre	3 Jahre
1. Beförderungssamt	A 4	A 7	A 10	A 14
Beförderungssperre	1 Jahr	1 Jahr	1 Jahr	1 Jahr
2. Beförderungssamt	A 5	A 8	A 11	A 15
Beförderungssperre	1 Jahr	1 Jahr	1 Jahr	1 Jahr
3. Beförderungssamt	A 6	A 9 m	A 12	A 16
Beförderungssperre			1 Jahr	1 Jahr
4. Beförderungssamt			A 13 g	B-Amt

<sup>1</sup> Bei abweichenden Eingangsämtern ist die Tabelle entsprechend anzupassen.

<sup>2</sup> Nach § 25 Absatz 1 Satz 1 BLV sind für den fiktiven Werdegang Zeiten der beruflichen Erfahrung heranzuziehen, die zusätzlich zu den für den für die Anerkennung der Laufbahnbefähigung erforderlichen Zeiten geleistet worden sind. Die Zeile wurde daher nur aufgenommen, um ergänzend die für die Anerkennung der Laufbahnbefähigung notwendige Zeit zu veranschaulichen.

Die Behörde kann längere Zeiten als die Mindestzeiten des neuen Absatzes 2 Satz 1 Nummer 2 festlegen, wenn die in der Behörde üblichen Karriereverläufe von diesen Mindestzeiten abweichen (neuer Absatz 2 Satz 2).

Nach der ebenfalls mit dieser Verordnung vorgenommenen Änderung des § 29 BLV dürfen nunmehr Zeiten, die zur Erfüllung des individuellen fiktiven Werdegangs herangezogen wurden (also z. B. die Zeit, die in der vorstehenden Tabelle mit der Bezeichnung „Abschluss der Probezeit“ bezeichnet wird) auf die Probezeit angerechnet werden.

Mit den Verweisen auf § 19 Absatz 4 und 5 im neuen Absatz 3 wird sichergestellt, dass bei der Heranziehung von hauptberuflichen Tätigkeiten im Rahmen der Berechnung des fiktiven Werdegangs, die Gleichbehandlung von ermäßigten und regelmäßigen Arbeitszeiten sowie die Berücksichtigung von Elternzeit wie auch bei den übrigen laufbahnrechtlichen Vorschriften erfolgt.

#### **Zu Nummer 19**

Die Änderung dient der Klarstellung: der Beurteilungszeitpunkt in der Probezeit ist anhand der jeweils individuell festgesetzten Probezeit festzulegen.

#### **Zu Nummer 20**

Derzeit können Zeiten, die bei der Berechnung des individuellen fiktiven Werdegangs herangezogen wurden, nicht auf die Probezeit angerechnet werden. Bei der Berechnung des individuellen Werdegangs waren und sind weiterhin drei Jahre hauptberuflicher Tätigkeit an Stelle der von Beamtinnen und Beamten zu absolvierenden Probezeit einzurechnen. Die Aufhebung des bisherigen Verbots bewirkt, dass die hauptberufliche Tätigkeit, die als Ersatz für die Probezeit einer Beamtin oder eines Beamten herangezogen wird, nunmehr auch auf die nach der Einstellung im Beförderungsamts tatsächlich abzuleistende Probezeit angerechnet werden kann. Ob von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht wird, steht im Ermessen der Behörde.

Keinerlei Auswirkungen hat die neu gefasste Vorschrift auf die Mindestprobezeit. Diese ist (außer in den Fällen des § 31 Absatz 3 BLV) tatsächlich zu leisten, obwohl in dem individuellen fiktiven Werdegang drei Jahre hauptberuflicher Tätigkeit an die Stelle der von Beamtinnen und Beamten zu absolvierenden Probezeit getreten sind.

#### **Zu Nummer 21**

##### **Zu Buchstabe a**

Die Vorschrift wird redaktionell überarbeitet und klarer und verständlicher gefasst. Außerdem erfolgt eine terminologische und regelungstechnische Angleichung an § 6 Absatz 1 Satz 2 Nummer 5 des Beamtenversorgungsgesetzes, § 24 Absatz 1 Satz 7 BBG und § 28 Absatz 5 Nummer 2 des Bundesbesoldungsgesetzes (BBesG).

##### **Zu Buchstabe b**

Folgeänderung zur Neufassung von § 3.

#### **Zu Nummer 22**

Die derzeitige Regelung wird aus Klarstellungsgründen neu gefasst. Die neue Formulierung stellt nunmehr unmissverständlich klar, dass § 31 eine abschließende Sonderregelung für die Mindestprobezeit enthält. Die Mindestprobezeit wird in Absatz 1 legaldefiniert und beträgt mindestens ein Jahr. Absatz 2 stellt klar, dass eine Anrechnung von hauptberuflichen Tätigkeiten nach § 29 im Fall der Mindestprobezeit nicht möglich ist. Absatz 3 enthält einen

abschließenden Katalog von bestimmten hauptberuflichen Tätigkeiten, bei deren Vorliegen die Mindestprobezeit teilweise oder vollständig entfallen kann.

### **Zu Nummer 23**

#### **Zu Buchstabe a**

Die Änderungen in Absatz 1 dienen der Konkretisierung bei der Auswahl von Personal für Führungs- und Leitungsfunktionen. Es wird zum einen klargestellt, dass eignungsdiagnostische Instrumente auch dann eingesetzt werden können, wenn die dienstliche Beurteilung keinen hinreichenden Aufschluss zur Überprüfung der Erfüllung der Anforderung geben kann. Dies kann etwa der Fall sein, wenn in Beurteilungen lediglich grundsätzlich die Befähigung zur Führung aufgeführt wird. Der derzeitige Wortlaut der Regelung kann so verstanden werden, dass auch diesen Fällen dann keine eignungsdiagnostischen Instrumente mehr eingesetzt werden konnten. Nunmehr wird eindeutig klargestellt, dass dies auch in diesen Fällen möglich ist. Der neue Satz 4 enthält ergänzend ein Beispiel, wann der Einsatz eignungsdiagnostischer Instrumente erforderlich sein kann.

#### **Zu Buchstabe b**

Die Änderung in Absatz 3 ist redaktioneller Natur und dient der Anpassung an die Begrifflichkeiten im Bundesgleichstellungsgesetz (Entlastung der Gleichstellungsbeauftragten).

### **Zu Nummer 24**

Die derzeitige Regelung wird aus Klarstellungsgründen mit einer neuen Überschrift versehen und neu gegliedert. Durch die Neugliederung ist nunmehr hinreichend klar, dass lediglich bei einem Aufstieg mit Hilfe eines Hochschulstudiums eine zusätzlich berufspraktische Einführung in der nächsthöheren Laufbahn erforderlich ist. Die Dauer der berufspraktischen Einführung ergibt sich aus § 39 Absatz 2 und 3 BLV.

### **Zu Nummer 25**

#### **Zu Buchstabe a**

Um größeren Spielraum bei der Zusammenstellung einer Auswahlkommission zu erhalten, sollen auch Angestellte berufen werden dürfen. Auch in den meisten Vorbereitungsdienstverordnungen sind Angestellte als Mitglieder von Auswahl- und Prüfungskommissionen zulässig. Wie viele Angestellte Mitglieder einer Auswahlkommission sein dürfen, soll den Behörden überlassen bleiben. Eine Obergrenze wird deshalb nicht geregelt. Die Änderung in Satz 8 ist redaktioneller Art.

#### **Zu Buchstabe b**

§ 36 Absatz 4 wird an zwei Stellen aus Klarstellungsgründen ergänzt:

In Satz 6 wird durch die Ergänzung der Wörter „anhand der ermittelten Gesamtergebnisse“ klargestellt, wie die Rangfolge der erfolgreichen Bewerberinnen und Bewerber zu ermitteln ist.

Der neue Satz 7 soll klarstellen, dass das Ergebnis des Auswahlverfahrens maßgeblich für die Entscheidung über die Zulassung zum Aufstieg ist. Er ist an entsprechende Regelungen über das Auswahlverfahren in verschiedenen Vorbereitungsdienstverordnungen angelehnt (z. B. § 20 Absatz 3 Satz 2 der Verordnung über den Vorbereitungsdienst für den gehobenen Dienst im Bundesnachrichtendienst und den gehobenen Dienst im Verfassungsschutz des Bundes). Die Klarstellung ist erforderlich, da in der Praxis im Rahmen der Auswahl teilweise nicht nur auf das Ergebnis des Auswahlverfahrens abgestellt wird, sondern auch

auf die dienstliche Beurteilung. Die dienstliche Beurteilung ist allerdings lediglich dafür entscheidend, welche Person überhaupt zum Auswahlverfahren für den Aufstieg zuzulassen ist. Die Auswahl selbst hat im Anschluss dann anhand der im Auswahlverfahren erbrachten Leistungen zu erfolgen. Denn im Auswahlverfahren wird geprüft, ob die bewerbende Person für die vorgesehene Laufbahn geeignet ist.

### **Zu Buchstabe c**

Redaktionelle Änderung.

### **Zu Nummer 26**

Redaktionelle Änderungen. Die in Absatz 1 gestrichenen Wörter werden durch die Neufassung des § 35 Absatz 1 überflüssig. In Absatz 2 erfolgt eine Anpassung an den neuen § 26 BBG.

### **Zu Nummer 27**

#### **Zu Buchstabe a**

Die Änderung in den Sätzen 4 und 5 dient der sprachlichen Harmonisierung innerhalb der BLV (vgl. § 10a Absatz 5 Satz 1 Nummer 2) und der Vorbereitungsdienstverordnungen. Der Begriff „Leistungstest“ wird z. B. bereits in § 12 Absatz 2 und 4 der Verordnung über den Vorbereitungsdienst für den gehobenen nichttechnischen Dienst in der allgemeinen und inneren Verwaltung des Bundes sowie § 7 der Verwaltungsvorschrift zur fachtheoretischen Ausbildung nach § 38 Absatz 2 der Bundeslaufbahnverordnung für den gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienst in der allgemeinen und inneren Verwaltung des Bundes im Rahmen des Aufstiegs durch fachspezifische Qualifizierung (GntDAIVAufstVwV) verwendet.

#### **Zu Buchstabe b**

Mit dem neu angefügten Satz wird klargestellt, dass das Aufstiegsverfahren beendet ist, wenn Leistungstests endgültig nicht bestanden worden sind. Die Regelung orientiert sich an bestehenden Regelungen zur Aufstiegsausbildung wie z. B. § 12 Satz 3 GntDAIVAufstVwV. Endgültig nicht bestanden ist ein Leistungstest dann, wenn auch entsprechende Wiederholungsprüfungen – soweit jeweils vorgesehen – nicht bestanden worden sind.

### **Zu Nummer 28**

Die Überschrift sowie Absatz 6 der Regelung werden redaktionell geändert und verständlicher gefasst.

### **Zu Nummer 29**

Die praktische Anwendung hat Änderungsbedarf gezeigt. Eine enge Orientierung am Wortlaut der geltenden Regelung stellt zu hohe Anforderungen. So müsste ein Universitätsprofessor der Besoldungsgruppe W 3 nach § 43 Nummer 5 das Amt eines Universitätsprofessors der Besoldungsgruppe W 3 sieben Jahre innehaben, bevor ihm ein Amt der Besoldungsgruppe B 3 übertragen werden kann. Bei einer Einstellung in einem Amt der Besoldungsgruppe B 3 nach § 25 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 Buchstabe b BLV reichen dagegen sechs Monate einer Tätigkeit, die nach ihrer Schwierigkeit dem angestrebten Amt entspricht, aus, um in dieses Amt eingestellt werden zu können. Daher sollen auch beim Wechsel von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sechs Monate in dem letzten der jeweils genannten Besoldungsgruppe entsprechenden Amt ausreichen. Die Behörden können eine längere Mindestzeit festlegen.

Die in den Fällen des § 43 Nummer 2 bis 7 darüber hinaus nachzuweisende Tätigkeit als Professorin oder Professor kann in niedrigeren Professorenämtern als dem aktuellen erbracht worden sein. Im Fall der Nummer 2 wird also benötigt ein halbes Jahr in einem Amt der Besoldungsgruppe W 2 oder C 2 sowie weitere drei Jahre und sechs Monate in einem Amt der Besoldungsgruppen W 1, C 1, W 2 oder C 2.

Durch den neuen Verweis in § 44 Absatz 1 auf § 43 wird außerdem der Anwendungsbereich auf Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in Ämtern der Landesbesoldungsordnungen erweitert. Das aktuelle Professorenamt darf sowohl beim Bund als auch bei einem Land ausgeübt werden. Auch etwaige frühere Professorenämter dürfen sowohl beim Bund als auch bei einem Land ausgeübt worden sein.

§ 43 regelt ausschließlich, welches Amt übertragen werden kann. Ob betroffene Landesbeamtinnen und Landesbeamte noch eine Probezeit abzuleisten haben oder nicht, richtet sich nach § 44 Absatz 2 BLV.

### **Zu Nummer 30**

#### **Zu Buchstabe a**

#### **Zu Doppelbuchstabe aa**

Das Wort „sonstigen“ wird zur Angleichung der Vorschrift an § 2 BBG gestrichen. Eine inhaltliche Änderung ist damit nicht verbunden.

#### **Zu Doppelbuchstabe bb**

Der Verweis auf § 27 ist im Rahmen des § 44 zu streichen, da es sich bei § 27 um ein internes Stellenbesetzungsverfahren handelt, das sich lediglich an vorhandene Beamtinnen und Beamte des Bundes richtet und daher bei der Übernahme von Landesbeamtinnen und Landesbeamten nicht zur Anwendung kommen kann. Zu dem neuen Verweis auf § 43 siehe die Begründung zu Nummer 29.

#### **Zu Buchstabe b**

Mit der neugefassten Regelung zur Probezeit hat die Behörde bei Landesbeamtinnen und Landesbeamten, die zum Bund wechseln, bereits im Land absolvierte Zeiten einer Probezeit auf die Probezeit beim Bund anzurechnen. Erfasst werden sowohl vollständig abgeleistete Zeiten (wie bereits nach geltendem Recht) als auch Teilzeiten einer Probezeit, so dass die Probezeit beim Bund um entsprechende Teilzeiten zu verkürzen ist. Dies gilt nur für Zeiten, in denen sich die Landesbeamtin oder der Landesbeamte auch bewährt hat. Eine Anrechnung hat auch auf die Mindestprobezeit zu erfolgen, wenn diese Voraussetzungen vorliegen.

### **Zu Nummer 31**

Die Streichung soll klarstellen, dass auch Beamtinnen und Beamte, die sich in der Probezeit befinden bzw. bei denen absehbar ist, dass sie sich zum Zeitpunkt einer anstehenden Beförderungsauswahl in einem Beamtenverhältnis auf Lebenszeit befinden, auch regel beurteilt werden können, wenn dies aus Sicht der Dienststelle zweckmäßig ist. Mit der bisherigen Formulierung ist dies nach derzeitiger Rechtsprechung des BVerwG nicht mehr möglich (vgl. BVerwG, Urteil vom 7. Mai 2019 – 2 A 15.17 –, Rn. 66 ff.). Die Möglichkeit, diese Beamtinnen und Beamten in eine anstehende Regelbeurteilungsrunde bei der die Quotierung nach § 50 Absatz 2 BLV einzuhalten ist miteinzubeziehen, soll mit der Änderung wiedereröffnet werden. Satz 3 der Regelung stellt dabei weiterhin sicher, dass neben einer etwaigen Regelbeurteilung, eine Beurteilung über die erfolgreiche Bewährung nach § 28 Absatz 4 BLV erfolgen muss.

## **Zu Nummer 32**

Die derzeitige Übergangsregelung des Absatzes 3 wird um die Laufbahn des agrar-, forst- und ernährungswissenschaftlichen Dienstes ergänzt und dient der vollständigen Umsetzung der im Rahmen der Verordnung zur Änderung der Bundeslaufbahnverordnung und anderer laufbahnrechtlicher Vorschriften vom 18. Januar 2017 (BGBl. I S. 89) erfolgten Zusammenlegung der beiden Laufbahnen.

## **Zu Nummer 33**

### **Zu Buchstabe a**

Es handelt sich um Anpassungen an die aktuelle Fassung der Anlage I BBesG.

### **Zu Buchstabe b**

Die Änderung ist durch die durch Artikel 1 Nummer 50 Buchstabe z des Gesetzes vom 9. Dezember 2019 erfolgte Neufassung der Anlage I Gliederungseinheit „Besoldungsgruppe A 16 BBesG erforderlich geworden.

### **Zu Buchstabe c**

Es handelt sich um redaktionelle Änderungen. Ferner wird der Text der letzten Spalte passender zur Spaltenüberschrift abgefasst als derzeit.

## **Zu Nummer 34**

### **Zu Buchstabe a**

Das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur plant, zur Ausbildung von Nachwuchskräften für das Fernstraßen-Bundesamt einen neuen Vorbereitungsdienst in der Straßenbauverwaltung des Bundes einzurichten.

### **Zu Buchstabe b**

Folgeänderung zu Buchstabe a.

### **Zu Buchstabe c**

Das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur plant, zur Ausbildung von Nachwuchskräften für das Fernstraßen-Bundesamt innerhalb des bereits bestehenden Vorbereitungsdienstes für den höheren technischen Verwaltungsdienst des Bundes die neue Fachrichtung „Straßenwesen“ einzurichten.

### **Zu Buchstabe d**

Folgeänderung zu Buchstabe a.

### **Zu Buchstabe e**

Das Bundesministerium der Verteidigung plant die Einrichtung eines neuen Vorbereitungsdienstes „höherer feuerwehrtechnischer Dienst in der Bundeswehr“.

### **Zu Buchstabe f**

Folgeänderung zu den Buchstaben a und e.



## **Zu Nummer 35**

Die Anlagen 3 und 4 werden neu gefasst. Bei beiden Anlagen erfolgt eine neue Gliederung aus Gründen der Anwenderfreundlichkeit und besseren Zitierbarkeit. Anlage 3 wird darüber hinaus sprachlich an die Formulierungen aus aktuellen Vorbereitungsdienstverordnungen angepasst. In Anlage 4 wird als Folgeänderung zur 2017 erfolgten Zusammenlegung der Laufbahn des tierärztlichen Dienstes und der Laufbahn des agrar-, forst- und ernährungswissenschaftlichen Dienstes sowie zu Nummer 29 in Spalte 2 die Angabe „agrar-, forst- und ernährungswissenschaftlicher Dienst“ durchgängig durch die Angabe „bis 26. Januar 2017: agrar-, forst- und ernährungswissenschaftlicher Dienst, seit 27. Januar 2017: agrar-, forst- und ernährungswissenschaftlicher sowie tierärztlicher Dienst“ ersetzt.

## **Zu Artikel 2 (Folgeänderungen)**

### **Zu Absatz 1**

Es handelt sich um eine Folgeänderung zu Artikel 1 Nummer 25 Buchstabe b (Änderung des § 36 Absatz 4 BLV).

### **Zu Absatz 2 und Absatz 3**

Es handelt sich um Folgeänderungen zu Artikel 1 Nummer 11 (Änderung des § 17 BLV).

## **Zu Artikel 3 (Änderung der Laufbahnbefähigungsanerkenntnisverordnung)**

Der derzeitige § 1 enthält eine irreführende Formulierung. Es heißt dort, die Verordnung gelte, wenn die Berufsqualifikation in einem der in § 7 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 BBG genannten Staaten erworben oder anerkannt worden sei. Dies erweckt den Eindruck, dass pauschal Berufsqualifikationen, die von einem der genannten Staaten anerkannt wurden, von der Verordnung erfasst seien. Das trifft aber nicht zu. Vielmehr beziehen sich die Wörter „oder anerkannt worden sind“ gemäß dem Regelungsgehalt der Richtlinie 2005/36/EG ausschließlich auf den Fall des geltenden und des künftigen § 2 Absatz 3 Nummer 1 LBAV. Nach dieser Vorschrift ist es nicht nur erforderlich, dass der in § 7 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 BBG genannte Staat die Qualifikation des nicht in § 7 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 BBG genannten Staats anerkannt hat, sondern es ist zusätzlich erforderlich, dass die Person, deren Berufsqualifikation anerkannt worden ist, in dem anerkennenden Staat drei Jahre lang gearbeitet hat. Dagegen wirkt § 1 LBAV so, als ob schon die Anerkennung reicht.

Mit der Neufassung der §§ 1 und 2 Absatz 1 sowie der Aufnahme des § 1a wird diese irreführende Formulierung beseitigt.

Im Übrigen werden redaktionelle Änderungen vorgenommen. Insbesondere in dem oben beschriebenen Fall der Anerkennung einer Berufsqualifikation, die nicht in einem der in § 7 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 BBG genannten Staaten erworben wurde, wird nunmehr nicht mehr das Wort „Qualifikationsstaat“, sondern vielmehr das „Anerkennungsstaat“ verwendet. Ferner wird nunmehr durchgehend das Wort „Berufsqualifikation“ benutzt (anstatt bisher teils „Qualifikation“ und teils „Berufsqualifikation“).

### **Zu Nummer 1**

Folgeänderung zu den Nummern 2 und 3.

### **Zu Nummer 2**

§ 1 LBAV, der die Überschrift „Geltungsbereich“ trägt, enthält derzeit eine Regelung zum persönlichen Geltungsbereich und eine Regelung zum Regelungsgegenstand der LBAV.

Diese beiden Regelungen werden entzerrt. § 1 regelt künftig nur noch den persönlichen Geltungsbereich.

### **Zu Nummer 3**

Die Vorschrift über den Regelungsgegenstand wird von derjenigen über den persönlichen Geltungsbereich getrennt (siehe Begründung zu Nummer 1). Außerdem wird die oben beschriebene irreführende Formulierung über eine Qualifikation, die in einem der in § 7 Absatz 1 Nummer 2 BBG genannten Staaten anerkannt worden ist, entfernt.

### **Zu Buchstabe a**

Der Begriff „Qualifikationsstaat“ wird nun in § 2 Absatz 1 definiert und nicht mehr in der Vorschrift über den Geltungsbereich.

### **Zu Buchstabe b**

Redaktionelle Änderungen zur durchgängigen Ersetzung des Wortes „Qualifikation durch das Wort „Berufsqualifikation“.

### **Zu Buchstabe c**

In der derzeitigen Fassung der LBAV wird der Begriff „Qualifikationsstaat“ sowohl für einen Staat verwendet, in dem eine Berufsqualifikation erworben als auch für einen Staat verwendet, von dem eine Berufsqualifikation anerkannt wurde. Nunmehr wird ein Staat, der eine Qualifikation, die in einem nicht in § 7 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 BBG genannten Staat erworben wurde, anerkennt, als Anerkennungsstaat definiert. Nicht zu verwechseln damit ist die Stelle, die nach dieser Verordnung über die Anerkennung entscheidet.

### **Zu Buchstabe d**

#### **Zu Doppelbuchstabe aa**

Folgeänderung zu Buchstabe a.

#### **Zu Doppelbuchstabe bb**

Folgeänderung zu Buchstabe c.

### **Zu Nummer 4**

Folgeänderung zu Nummer 4 Buchstabe c.

### **Zu Nummer 5**

Redaktionelle Änderungen zur durchgängigen Ersetzung des Wortes „Qualifikation durch das Wort „Berufsqualifikation“.

### **Zu Nummer 6**

Folgeänderung zu Artikel 1 Nummer 10 (Änderung des § 17 BLV).

### **Zu Nummer 7**

Folgeänderung zu Nummer 4 Buchstabe c.

## **Zu Artikel 4 (Änderung der Postlaufbahnverordnung)**

### **Zu Nummer 1**

Die Änderung in § 1 Absatz 3 ist eine Folgeänderung zu Artikel 1 Nummer 2 (Neufassung des § 3 BLV).

### **Zu Nummer 2**

Derzeit enthält § 7 PostLV nur die Möglichkeit, Dauer und Inhalte der fachtheoretischen Ausbildung, die im Rahmen des Aufstiegsverfahrens fachspezifische Qualifizierung zu absolvieren ist, abweichend von den Vorgaben der BLV festzulegen (§ 7 Nummer 1 und 3 PostLV-E). Hinzu kommt nun die Möglichkeit festzulegen, dass die fachtheoretische Ausbildung, die nach § 38 Absatz 2 Satz 2 BLV nur beim Aufstieg in den gehobenen Dienst teilweise berufsbegleitend absolviert werden kann, auch beim Aufstieg in die Laufbahnen des mittleren Postverwaltungsdienstes teilweise berufsbegleitend durchgeführt werden kann (§ 7 Nummer 2 PostLV-E).

## **Zu Artikel 5 (Änderung der Mutterschutz- und Elternzeitverordnung)**

Die Änderung in § 3 ist redaktioneller Art und soll den Regelungsinhalt besser verdeutlichen. In § 7 enthält eine Folgeänderung zum Zweiten Gesetz zur Änderung des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes vom 15. Februar 2021 (BGBl. I S. 239). Mit diesem Gesetz wurde in § 15 Absatz 4 Satz 1 BEEG eine neue zulässige Arbeitszeitgrenze von 32 Wochenstunden festgelegt. Mit dieser Regelung werden Eltern erreicht, die während der Elternzeit in höheren Stundenumfängen arbeiten möchten. Die in § 7 MuSchEltZV enthaltene Höchstgrenze von 30 Wochenstunden, ist daher in Folge entsprechend anzupassen.

## **Zu Artikel 6 (Änderung der Erholungsurlaubsverordnung)**

Gemäß § 5a Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 EUrlV erfolgt beim Übergang von Vollzeit zu Teilzeit keine Umrechnung des Erholungsurlaubes, wenn ein Beschäftigungsverbot nach dem Mutterschutzgesetz vorgelegen hat. Dabei ist ein Beschäftigungsverbot gemeint, wonach „nach ärztlichem Zeugnis die Gesundheit der werdenden Mutter oder ihres Kindes bei Fortdauer der Beschäftigung gefährdet ist“. Diese Regelung ist nunmehr jedoch seit dem 1. Januar 2018 in § 16 MuSchG festgeschrieben. § 3 Absatz 1 Mutterschutzgesetz regelt die normalen Schutzfristen vor und nach der Entbindung, die von den Regelungen des § 5a Absatz 1 der Erholungsurlaubsverordnung nicht erfasst werden sollen.

§ 16 MuSchG gilt für Bundesbeamtinnen und Bundesbeamte sowie für Richterinnen und Richter des Bundes nicht unmittelbar. Die vorgenannte Vorschrift wird durch § 2 Absatz 1 Satz 1 Nummer 5 MuSchG in der seit dem 1. Januar 2018 geltenden Fassung zur Anwendung gebracht.

## **Zu Artikel 7 (Änderung der Sonderurlaubsverordnung)**

### **Zu Nummer 1**

Mit der Einfügung der Nummer 6a wird die Änderung des § 9 Absatz 1 PflegeZG durch Artikel 3 des Kitafinanzhilfenänderungsgesetzes (KitaFinHÄndG) vom ... (BGBl. I S. ...) wirkungsgleich in das Beamtenrecht übertragen. Beschäftigte müssen die Pflege ihrer zu Hause lebenden Angehörigen weiterhin sicherstellen und neu organisieren. Befristet bis zum 31. Dezember 2021 erhalten Bundesbeamtinnen und Bundesbeamte sowie Bundesrichterinnen und Bundesrichtern zusätzlich bis zu 20 Tage Sonderurlaub für Fälle, in denen die Betreuung naher Angehöriger im Sinne des § 7 Absatz 3 PflegeZG in einer akut auftretenden Pflegesituation eine bedarfsgerechte häusliche Pflege erfordert. Dies gilt nur, wenn die akute Pflegesituation auf Grund der COVID-19-Pandemie aufgetreten ist und die Pflege

nicht anderweitig gewährleistet werden kann. Es wird vermutet, dass die akute Pflegesituation pandemiebedingt besteht. Wird die Vermutung widerlegt, wenn beispielsweise bekannt ist, dass es an einem Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie fehlt, kann diese Regelung nicht in Anspruch genommen werden.

Sonderurlaub nach Nummer 6a kann zusätzlich zu einem nicht pandemiebedingten Sonderurlaub nach Nummer 6 gewährt werden.

#### **Zu Artikel 8 (Weitere Änderung der Sonderurlaubsverordnung)**

Mit der nach Artikel 10 Absatz 4 am 31. Dezember 2021 in Kraft tretenden Aufhebung des § 21 Absatz 1 Nummer 6a SUrlV wird die Geltungsdauer des § 9 PflegeZG in das Beamtenrecht übertragen. Damit wird auch ein zeitlicher Gleichlauf der beiden Vorschriften erreicht.

#### **Zu Artikel 9 (Bekanntmachungserlaubnis)**

Artikel 9 enthält eine Bekanntmachungserlaubnis für die BLV.

#### **Zu Artikel 10 (Inkrafttreten)**

Artikel 10 regelt das Inkrafttreten der Verordnung.

#### **Zu Absatz 1**

Mit Ausnahme der Artikel 5, 7 und 8 tritt die Verordnung am Tage nach der Verkündung in Kraft.

#### **Zu Absatz 2**

Artikel 5 tritt gleichzeitig mit dem Zweiten Gesetz zur Änderung des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes vom 15. Februar 2021 (BGBl. I S. 239) am 1. September 2021 in Kraft.

#### **Zu Absatz 3**

Absatz 3 gewährleistet, dass die Nummer 6a nahtlos an die am 30. Juni 2021 außer Kraft tretende Nummer 6a anschließt. Vertrauensschutzgesichtspunkte stehen einem rückwirkenden Inkrafttreten nicht entgegen, weil die Rechtsänderung für die Betroffenen rechtlich vorteilhaft ist.

#### **Zu Absatz 4**

Im Hinblick darauf, dass § 9 PflegeZG bis zum 31. Dezember 2021 befristet ist, soll auch die Parallelvorschrift des § 21 Absatz 1 Nummer 6a SUrlV zum Jahresende außer Kraft treten.

Dokumentenname: VO Fortentwicklung laufbahnrechtlicher und weiterer  
dienstrechtlicher Vorschriften.docx

Ersteller: Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat

Stand: 28.06.2021 16:00

...